

Schlesische Arbeiterzeitung

Indischer Wunde
Nicht keine andere Wunde für dich als das Messer von ...

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illust. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14 tagig erscheinenden Beilagen „Tribune“, „Die rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossen“

Anzeigenpreise: Die 3-spaltige Millimeterzeile ab. deren Raum 500 000 M. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familienangelegenheiten, Verleumdungsangelegenheiten 100 000 M. Schliefelzahl für Sammelbestellungen: 10 000. Meldeamt: Preis: Die Millimeterzeile 1/4 Zeile oder deren Raum für 1 000 000 M.

Dienstag, 25. September 1923

Regularpreis: Durch den Kauf von 6 000 000 M. pro Woche ...

Die Verständigung an der Ruhr

Die KPD. schlägt gemeinsame proletarische Rettungsaktion vor Verbot der „Roten Fahne“ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“

Die Unterdrückung der kommunistischen Presse

WE. Berlin, 24. September.
Heute vormittag 12 Uhr fand eine Besprechung des Reichskabinetts mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiete statt. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiskerzahlung der Ruhrkredite wirtschaftliche, soziale und innerpolitische Folgen zeitigen könnte und voraussichtlich zeitigen müsse, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen zur Durchführung der Reparationen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr schon vor einem Abbrechen des passiven Widerstandes zu versichern, erfolglos geblieben sind. Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten.

(Baldwin hat sich mit Poincare zunächst wieder geeinigt) — in Rußland. Gegen den Rechtsputz genügt das Geschrei von der ramponierten Republik nicht mehr. Arbeiterrepublik, Arbeiterregierung, Arbeiterarmee, Arbeiterorgane, Räte, — das ist die Lösung gegen Ludendorff, Hitler, Gehler, Seede. Regierungen der Arbeiter und werktätigen Kleinbauern in Sachsen und Thüringen, Bewaffnung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften, roter mitteldeutscher Block — das sind die Aktionslösungen des Augenblicks. Weiter! Mit Frankreich soll „verhandelt“ werden. Wer soll verhandeln? Fort mit der Koalitionsregierung! Eine Regierung, die nur von den Werktätigen in Stadt und Land beauftragt ist, die Fall verhandelt. Und zahlen sollen die, welche zahlen können. Das ist die Lösung des Augenblicks. Gun' ist durch Generalstreik in wenigen Stunden zum Teufel gejagt worden. Generalstreik gegen Stresemann, Kampf für eine Regierung der geschworenen Feinde des Kapitalismus. Sachverfassung — das ist das Gebot der Stunde. So kann Putz und Kapitulation überwunden werden, nur so auch diplomatisch ausfahrtsreich, im Bunde mit der Großmacht Rußland, mit den Ententetaubern verhandelt werden.

Eine weitere Resolution verlangt die Einberufung eines Betriebsrätekongresses für die Metall- und Textilindustrie im südlichen Rheinland-Westfalen.
Was hat Zimmer politisch erreicht?
„Politisch wünschten wir Zeitungsverbote zu vermeiden, zumal sie immer eine gewisse Respektabilität für die verbotenen Organe darstellen.“
So urteilt der Chefredakteur der „Volkswacht“, Birnbaum, über das Verbot der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Wird Herr Oberpräsident Zimmer daraus lernen? Genossen, müßt ihr das Verbot mit?

Das Stinnesblatt „S. A. Z.“, sowie die „Vossische Zeitung“ vom Sonntag mitteilen, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter am Montag die „Rote Fahne“ verboten werde. Ist das nicht interessant, daß die Stinnesblätter am Sonntag wissen, was der sozialdemokratische Polizeipräsident am Montag gegen die kommunistische Presse unternehmen wird?
Zunächst hat Richter gestern auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die „Rote Fahne“, die „Rote Fahne am Montag“, die „Rote Fahne für Brandenburg und Lausitz“ und die „Volkswacht“ für zwei Wochen, vom 25. September bis 8. Oktober, verboten.
Berlin, 25. September.
Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August 1923 wird die „Sächsische Arbeiterzeitung“, Organ der KPD, Westsachsens, Erscheinungsort Leipzig, vom 23. bis 25. September 1923 einschließlich verboten.
Der Reichsminister des Innern
Sollmann.

Die Ludendorffer und die blaue weißen Separatisten blasen zum Sturm. Ihre Deklamationen am Sonntag sind mehr als Prählererei. Sie wollen den Putz. Sie wollen die Kapitulationsstimmung ausnutzen.
Die Situation ist bitter ernst. Der Ruhrkrieg ist endgültig verloren. Er wurde nie ernsthaft geführt. Er wird beendet in dem Augenblick, wo die Stresemänner und ihre Hintermänner glauben, erstens gute Bedingungen bei Poincare zu bekommen, und zweitens die deutsche Revolution, die an die Tür pocht, zu betrügen.
Aber Poincare, der seine Pappenheimer kennt, hat schon seit einer Woche seine Zettel geändert. Er lobt Stresemann nicht mehr. Er redet hart. Er verlangt bedingungslos Kapitulation als Anfang, Zahlung als zweites, das Ruhrgebiet als drittes, und er versichert zum Schluß, Frankreich sei friedfertig und werde einsteigen, wenn alles gezahlt ist, das Ruhrgebiet räumen.
Die deutsche Bourgeoisie will bedingungslos kapitulieren. Das besagt, sie will alle Lasten auf das Proletariat walzen und sie hält sich für stark genug dazu.
Hierin sind sich alle Koalitionsparteien einig, die Sozialdemokratie mit dem kaiserlichen Wahrungspolizei ebenso wie die Stinnespartei mit dem Finanzminister Hilferding.
Hier gilt es, schnell, ganz schnell einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen.
Putz und Kapitulation hangen zusammen, gehören zum gleichen strategischen Sitzungsplan.
Gegen den Rechtsputz als Rezept: rettet die Republik, dann schnellste Kapitulation und — Abschaffung selbst der traurigen Stinnesrepublik. Einsetzung des Ententekommissars.

Englische Bergarbeiter verlangen Generalstreik im Falle der deutschen Revolution
London, 22. September.
Die Bergarbeiter von Rhodos saßten eine Resolution, in der für den Fall einer Revolution in Deutschland ein besonderer Kongreß der Trade Unions einberufen werden soll, um auf die englische Regierung einzuwirken, daß keinerlei Unterstützung in die deutschen Verhältnisse erfolgen dürfe. Für den Fall, daß etwa englische Truppen gegen Deutschland mobilisiert werden sollten, wird die Durchführung des Generalstreiks vorgeschlagen.

Gemeinsame proletarische Rettungsaktion
Berlin, 25. Sept.
Die Zentrale der KPD hat angesichts der Rüstungen der bairischen Konterrevolution einen offenen Brief an die Zentralvorstände der USPD, der USV, des USV, des USV, des USV-Bundes und des USV gerichtet und auf die Gefahren, die der Arbeiterklasse Deutschlands drohen, hingewiesen. Sie schreibt u. a. folgendes:
„Obwohl Ihr bis zum letzten Augenblick die Euro-Regierung unterstützt habt, obwohl Ihr die große Koalition, die Regierung des Schicksals, die Regierung der Entzündung des Bürgerkrieges in Deutschland ermöglicht habt, richten wir an Euch trotz alledem, da es sich um das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse handelt, folgende ernste Fragen:
Seid Ihr bereit zu einer unmittelbar von allen Arbeiterorganisationen einzuleitenden gemeinsamen durchzuführenden proletarischen Rettungsaktion mit folgenden Zielen:
Ermahnung der deutschen Konterrevolution, Erfassung der Sachwerte und Produktionskontrolle zur Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse und der Liquidierung des Ruhrkrieges auf Kosten der Bourgeoisie und Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands,
Erlampfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Als Kampfmittel schlagen wir Euch den politischen Generalstreik vor.“
Der Aufruf schreibt weiter: „Die sozialdemokratische Partei, die sozialdemokratischen Arbeiter und deren Führer haben in der letzten Zeit so oft von der Notwendigkeit des energischen Kampfes gegen die Bourgeoisie zu reden gewußt. Sie müssen jetzt antworten. Vielleicht haben morgen oder übermorgen schon die kapitalistischen Gewehre oder Maschinengewehre das Wort. Wir erwarten von Euch bis Mittwoch, den 26. September, eine klare Antwort.“

Die Arbeiterklasse ist von den Faschisten auf das schwerste bedroht. Die Reichsregierung selbst muß vor Putzchen der völkischen Banden bangen; aber was tut die Reichsregierung gegen die faschistische Gefahr? Sie hält Konferenzen mit den Herren Seede und Gehler ab, sie glaubt mit der monarchistischen Reichswehr etwas ausrichten zu können. Aus Bayern und aus dem ganzen Reich laufen Marmachrichten ein. Die Existenz und das nackte Leben der Arbeiterklasse stehen auf dem Spiel. In diesem Augenblick muß nicht nur der Arbeiterpresse volle Freiheit gewährt bleiben, sondern muß die Arbeiterklasse endlich dazu übergehen, ihre Kräfte zu mobilisieren, um den Angriff der Faschisten abzuwehren.
Die Bankrotture wollen aber keine Mobilisierung der Arbeiterklasse, trotzdem sie die Gefahren kennen. Sie wissen, daß es kein zweites Bielefeld, daß es kein zweites Oelsch zum Schutze der Republik gibt, sondern daß die Arbeiterklasse diesmal verstehen wird, die Machtpositionen zu wahren.
Darum verbieten sie die „Rote Fahne“, wie sie die „Schlesische Arbeiterzeitung“ verboten haben.
Warum mischen sie sich in sächsische Verhältnisse und verbieten dort ein Arbeiterblatt. Warum verbietet man nicht die völkische Heerpresse in Bayern?
Arbeiter! Wollt Ihr dieses Treiben der Bankrotture dulden? Antisozialdemokratische Arbeiter, was werdet Ihr tun, um das Treiben der Führerclique zu unterbinden?

Die Solinger Betriebsräte gegen die Kapitulation
Solingen, 22. September
Über 800 Solinger Betriebsräte nahmen in einer Betriebsräte-Vollversammlung nach einem Referat des Genossen Pienge eine Resolution an gegen die Kapitulation der Bourgeoisie und für ein proletarisches Reparationsprogramm. In der Resolution heißt es: „Die Regierung Stresemann ist bereit, vor dem imperialistischen Frankreich bedingungslos zu kapitulieren. Dadurch ist die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands in großer Gefahr. Es droht der Verlust des wichtigsten Industriegebietes. Die Kosten der Niederlage an der Ruhr, die von den Großkapitalisten bewußt herbeigeführt wurde, sollen die werktätigen Massen tragen. Den werktätigen Massen droht der Untergang. Damit droht der gesamten Wirtschaft ein tödlicher Schlag. Die Betriebsräte Solingens fordern alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, sofort den energischsten Druck auf ihre Organisationen auszuüben, daß sie gegen die von der Regierung Stresemann geplante Kapitulation den schärfsten Kampf führen.“
Die Resolution fordert ferner Erfassung der Sachwerte unter Kontrolle der werktätigen Massen.

Die Solinger Betriebsräte gegen die Kapitulation
Solingen, 22. September
Über 800 Solinger Betriebsräte nahmen in einer Betriebsräte-Vollversammlung nach einem Referat des Genossen Pienge eine Resolution an gegen die Kapitulation der Bourgeoisie und für ein proletarisches Reparationsprogramm. In der Resolution heißt es: „Die Regierung Stresemann ist bereit, vor dem imperialistischen Frankreich bedingungslos zu kapitulieren. Dadurch ist die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands in großer Gefahr. Es droht der Verlust des wichtigsten Industriegebietes. Die Kosten der Niederlage an der Ruhr, die von den Großkapitalisten bewußt herbeigeführt wurde, sollen die werktätigen Massen tragen. Den werktätigen Massen droht der Untergang. Damit droht der gesamten Wirtschaft ein tödlicher Schlag. Die Betriebsräte Solingens fordern alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, sofort den energischsten Druck auf ihre Organisationen auszuüben, daß sie gegen die von der Regierung Stresemann geplante Kapitulation den schärfsten Kampf führen.“
Die Resolution fordert ferner Erfassung der Sachwerte unter Kontrolle der werktätigen Massen.

Die Großhandelspreise durchschnitlich 30 Proz. über Goldniveau
Nach dem Großhandelsindex des Berliner Tageblatt sind die Großhandelspreise vom 11. bis 18. September um 122 Prozent gestiegen, während in der gleichen Woche der Dollar nur um 127 Prozent stieg. Baumaterialien stiegen um 236 Prozent, Spezialitäten um 225 Prozent, Kohle, Eisen, Metalle um 205 Prozent, Lebensmittel um 188 Prozent. Nach dieser Berechnung sind die Großhandelspreise von 104,8 Prozent des Goldniveaus auf 126,5 Prozent gestiegen.

Erfolgreicher Anfang der Werbewoche
An allen Orten Schlessens setzte gestern eine nachfolgende Werbearbeit für die „Schlesische Arbeiterzeitung“ ein. Überall erklärten die Insolventen der dauernden Verbote aufs höchste erbitterten Arbeiter.
Nun erst recht. Jetzt wollen wir dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Zimmer beweisen, daß seine Verbote die beste Werbearbeit für die „Schlesische Arbeiterzeitung“ sind.
An allen Orten werden uns neue Abonnenten gemeldet. An der Spitze marschieren diesmal das als schwarz bekannte Reisse. Dort sind an einem Tage 20 neue Abonnenten gemeldet.
Wollen die Genossen in den roten Indemnitat verbieten sich von Reisse beschömen lassen?
Auf zur Agitation!

Die deutsche Bourgeoisie will bedingungslos kapitulieren. Das besagt, sie will alle Lasten auf das Proletariat walzen und sie hält sich für stark genug dazu.
Hierin sind sich alle Koalitionsparteien einig, die Sozialdemokratie mit dem kaiserlichen Wahrungspolizei ebenso wie die Stinnespartei mit dem Finanzminister Hilferding.
Hier gilt es, schnell, ganz schnell einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen.
Putz und Kapitulation hangen zusammen, gehören zum gleichen strategischen Sitzungsplan.
Gegen den Rechtsputz als Rezept: rettet die Republik, dann schnellste Kapitulation und — Abschaffung selbst der traurigen Stinnesrepublik. Einsetzung des Ententekommissars.

Die Solinger Betriebsräte gegen die Kapitulation
Solingen, 22. September
Über 800 Solinger Betriebsräte nahmen in einer Betriebsräte-Vollversammlung nach einem Referat des Genossen Pienge eine Resolution an gegen die Kapitulation der Bourgeoisie und für ein proletarisches Reparationsprogramm. In der Resolution heißt es: „Die Regierung Stresemann ist bereit, vor dem imperialistischen Frankreich bedingungslos zu kapitulieren. Dadurch ist die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands in großer Gefahr. Es droht der Verlust des wichtigsten Industriegebietes. Die Kosten der Niederlage an der Ruhr, die von den Großkapitalisten bewußt herbeigeführt wurde, sollen die werktätigen Massen tragen. Den werktätigen Massen droht der Untergang. Damit droht der gesamten Wirtschaft ein tödlicher Schlag. Die Betriebsräte Solingens fordern alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, sofort den energischsten Druck auf ihre Organisationen auszuüben, daß sie gegen die von der Regierung Stresemann geplante Kapitulation den schärfsten Kampf führen.“
Die Resolution fordert ferner Erfassung der Sachwerte unter Kontrolle der werktätigen Massen.

Die Großhandelspreise durchschnitlich 30 Proz. über Goldniveau
Nach dem Großhandelsindex des Berliner Tageblatt sind die Großhandelspreise vom 11. bis 18. September um 122 Prozent gestiegen, während in der gleichen Woche der Dollar nur um 127 Prozent stieg. Baumaterialien stiegen um 236 Prozent, Spezialitäten um 225 Prozent, Kohle, Eisen, Metalle um 205 Prozent, Lebensmittel um 188 Prozent. Nach dieser Berechnung sind die Großhandelspreise von 104,8 Prozent des Goldniveaus auf 126,5 Prozent gestiegen.

Erfolgreicher Anfang der Werbewoche
An allen Orten Schlessens setzte gestern eine nachfolgende Werbearbeit für die „Schlesische Arbeiterzeitung“ ein. Überall erklärten die Insolventen der dauernden Verbote aufs höchste erbitterten Arbeiter.
Nun erst recht. Jetzt wollen wir dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Zimmer beweisen, daß seine Verbote die beste Werbearbeit für die „Schlesische Arbeiterzeitung“ sind.
An allen Orten werden uns neue Abonnenten gemeldet. An der Spitze marschieren diesmal das als schwarz bekannte Reisse. Dort sind an einem Tage 20 neue Abonnenten gemeldet.
Wollen die Genossen in den roten Indemnitat verbieten sich von Reisse beschömen lassen?
Auf zur Agitation!

Die Wahlhande in den preussischen Gemeinden

Der preussische Landtag ist am Dienstag aus- einandergegangen, ohne den Wahltermin für die Neuwahlen zu den Stadt- und Landgemein- den in Preußen zu bestimmen. Der kommuni- stische Antrag, den 18. November als Wahl- termin anzusetzen, wurde von den Koalitions- parteien abgelehnt. Damit ist es ummöglich ge- worden, den im Gesetz über die vorläufige Rege- lungen Endtermin mit November 1923 einzu- halten.

Die jetzigen Gemeindevertretungen entsprechen der Gemeindevorstellung in Preußen vorge- nicht entfernt mehr der politischen Gruppierung der Gemeindevorstellungen. Sie sind unmittelbar nach der Revolution gewählt, als eine Anzahl von Parteien sich noch nicht konsolidiert, ja einige Parteien, wie vor allem die Kommuni- stische Partei, sich noch garricht gebildet hatten. Die Rechtsparteien, besonders aber die Kommunistische Partei, würden bei Gemeinde- wahlen in Preußen einen ganz bedeutenden Stimmenzuwachs erfahren.

Die nach der Revolution gewählten Gemeinde- vertretungen haben ganz ausdrücklich mit prohi- bierten Charaktere zugeordnet erhalten. Das Gesetz, das ihre Wahlen anordnete, sah vor, daß sofort ein endgültiges Gesetz über die Gemeinde- vertretungen und ihre Neuwahl ergehen sollte. Bis heute aber ist dieses Gesetz nicht zur Aus- führung gebracht, noch heute sitzen die Gemein- devorsteher beisammen. Die im Februar und März 1919 nur auf einige Wochen provisorisch gewählt worden sind. Ihre Beschlüsse haben kaum noch formell Berechtigung, sachlich über- haupt nicht mehr. Was die preussischen Ge- meindevertretungen besonders in den letzten Monaten sich an Zuschuldungen des Proletariats durch wahrenweise Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise, Mieten und Bauabgaben, Marktpreiserhöhungen, Erhöhung der Milch-, Kohlen- und Brotpreise geleistet haben, ferner die zahllose Zuschuldungen an gewerblichen Betrieben an das Privatkapital, die Verschönerung gemeindlichen Bodens an Privatbesitzern, das Eingehen von Schulden an Kaufmannhäusern, Werkstätten- und Gesundheitseinrichtungen aller Art, taten sie ohne jeden Schimmer sachlicher Berechtigung. Eine Neuwahl welche zweifellos in allen bedeutenden Städten und Industriezonen eine Majorität revolutionärer Proletariervertreter ge- bracht haben würde, hätte niemals solche Schandthaten begangen. Für das Proletariat hat daher die Frage der Neuwahlen eine tiefer- und zu lösbare Bedeutung.

Die Sozialdemokratische Partei bekannte sich im Januar Programmstolz zur zweijährigen Reichsamtperiode: häufig wurde sogar die ein- jährige Wahlperiode gefordert; selbst nach Öster- reich und in der Schweiz- und Landesverwaltung hat man doch wenigstens nach die jährliche Wahlperiode beibehalten. Die Gemeindever- tretungen Preußens aber sitzen nun schon fast fünf Jahre in ihrer provisorischen Situation, ohne daß sich die Sozialdemokratische Partei und die ihr darin folgenden Koalitionspartner zu einer Neuwahl bewegen.

Wo es irgendwie möglich ist, muß die Ar- beitslosigkeit durch die Auflösung der bestehenden Gemeindevertretungen und ihre Neuwahl zu er- zwingen werden. In allen Arbeiterversamm- lungen muß Neuwahl des Gemeindeparlamentes gefordert werden. Überall, wo Arbeitslose, Kriegsgeldbesitzer, Arbeitslose, Sozialrentner, Eltern- beiträge etc. bei der Forderung von Forde- rungen auf den Widerstand der Gemeindevor- tretungen stoßen, haben sie bei der Aufstel- lung von Forderungen die Forderung auf sofortige Neuwahl des Gemeindeparlamentes zu erheben und diese Forderung durchzusetzen zu versuchen. Wenn es der Arbeiterklasse ge- lungen ist, die Landesregierung zu zwingen, so wird es ihr nicht schwer sein, auch die zahlreichen kleinen kommunalpolitischen Burgen, Städte und Arbeiterregierungen an ihre Stelle zu setzen. Wieder mit den Bergweil- und Koalitions- regierungen der preussischen Gemeinden! Der Kampf um die Arbeiterregierungen auch in allen preussischen Gemeinden muß jetzt anbrechen!

Dem preussischen Landtag ist ein Antrag der Koalitionsparteien zugegangen, nach dem für die preussischen Gemeindevorsteher der nächste Termin zum 31. September 1923 auf den 2. März 1924 verschoben werden soll. In der Be- gründung wird gesagt, daß die Wahlen erst dann stattfinden können, wenn der Aufbruchstag beigestellt sei.

Reimar — Reimar. Der Entwurf zur Er- richtung einer Nahrungsbank, der vor her- gen in der Presse veröffentlicht worden ist, hat als „Verbreiten“ eine Reihe von Beden- kungen erregt, die von so einschneidender Be- deutung seien, daß mit einer gewissen ander- er Struktur der neuen Nahrungsbank zu rechnen sei. Die Bezeichnung für die neue Nahrungs- bank werde nicht Bodenmark, sondern Reimar sein.

Ludendorff will marschieren! Mit Kanonen und Maschinengewehren auf Berlin!

München, 23. September. Hier fand unter Vorherrschaft des General Luden- dorff ein sogenannter „deutscher Abend“ statt, auf dem sich die schwarzste Konterrevolution, Bayerns mit ihren Führern ein Stellbildnis gegeben hatte. Es waren erschienen neben Ludendorff der bayrische General Kleinberg, Oberleutnant Griebel, der Oberkommandant der bayrischen Kampverbände, der frühere Mün- chener Polizeipräsident Wimmer, der ehemalige Luftminister Dr. Roth. Der militärische Ober- kommandant der faschistischen Formationen, die sich unter der Fahne „Reichsflagge“ gesammelt haben, Hauptmann a. D. Hehl, fündigte der bewaffnete Marsch auf Berlin an! Wörtlich führte er aus: „Es heißt jetzt mit Gewehren und Maschinengewehren zu marschieren und mit unsern paar Kanonen. Und wenn man uns da- zu die Pferde nicht gibt, so ziehen wir sie selbst durch Thüringen“. Der Faschistenkommandant Hehl schloß unter ungeheurer Beifallsstürme der Anwesenden mit den Worten: „Die deut- sche Flagge wird in Berlin vom bayrischen Volk gehißt werden! Wir haben nicht mehr viel Zeit. Die Zeit ist nicht für uns, sondern gegen uns. Wir machen keinen Hehl daraus, daß wir die nationale Revolution wollen unter dem Banner schwarz-weiß-rot mit dem Falkenkreuz“. Nach dem Faschistenhauptidee nahm Luden- dorff das Wort und unterstreich diese Ausführ- ungen. Nach der Auflösung der von Offi- zieren und Generolen geführten Falckenkreuz- Demonstration legnete man zufällig der heimkehrenden Augsburger Reichswehr-Darni- on. Die Falckenkreuzler brachen in stürmische Heulrufe aus. Diese Zurufe wurden ebenso stürmisch von der Reichswehr erwidert.

Stahlhelm-Probationen an der sächsischen Grenze

Leipzig, 24. September. Anlässlich der Faschentröbe des Stahlhelm- bundes kam es in Wiederrisch, hart an der preussischen Grenze zu blutigen Zusammenstößen zwischen Stahlhelmlenten und Angehörigen der roten Hundertschaften. Die Polizei hatte den Stahlhelmlenten die Feiern in geschlossenem Räume gestattet. Sie wollten jedoch trotz Polizei- verbots nach Wiederrisch marschieren. Dabei kam es zu den erwähnten Zusammenstößen, die sich bis in die späten Nachmittagsstunden fort- setzten. Von Leipzig wurde Landespolizei und Sanitätspersonal nach Wiederrisch geschickt. Auch auf preussischem Gebiet kam es zu Zu- sammenstößen. Im Kreisverkehrhaus St. Jakob wurden 11 Schwerverletzte eingeliefert. Davon sind drei lebensgefährlich verletzt. Nach einem unbesetzten Gerichts sollen zwei Stahlhelm- leute ihren Verletzungen erliegen sein.

Stummheit oder schurkliche Demagogie?

Die Breslauer „Volkswacht“ zitiert eine an- gebliche Aeußerung des sowjetrussischen Ge- sandten, Gen. Jordanski in Rom. Er soll gesagt haben: „Ich betrachte den Faschismus nicht als per- sönliches Abenteuer oder Unternehmen einer Gruppe von Personen. Der Faschismus ist eine ernste und originelle Aeußerung des nationalen Geistes, er bedeutet einen großen politischen und sozialen Versuch, der ernste und anmerkliche Beachtung verdient.“ Diese Worte inetert die „Volkswacht“ solange, bis sie mit frechter Stirn den Satz nieder- schreibt: „Der ehemalige radikale Sozialist Mussoloni und die ehemaligen Sozialisten in der angeblich kommunistischen Sowjetregierung sind Brüder im Geiste und in der Praxis.“ Wir appellieren an den gesunden Menschen- verstand der sozialdemokratischen Arbeiter, von denen die „Volkswacht“ ansehend annimmt, daß sie nicht verstehen können, was sie lesen. Gen. Jordanski irgend etwas zu gunsten der Faschisten gesagt, ganz zu schweigen von der Frage, ob er etwa für ein Zusammengehen mit Mussoloni eingetreten ist? Will die „Volkswacht“ behaupten, daß der Faschismus ein per- sönliches Abenteuer ist? Ist es nicht viel marxistischer, die Falsche nicht in Erwägung zu ziehen, daß der Faschismus tatsächlich getragen wird von riesigen Massen des Kleinbürgertums, die den „großen politischen und sozialen Ver- such“ machen, durch blutige Diktatur die kapita- listische Wirtschaft wieder aufzubauen? Erst wenn man diese tiefstehende Wurzel des Fa- schismus kennt, kann man ihn wirklich bekämpfen. Denn das Resultat des Kleinbürgerlichen Pro- gramms des Faschismus ist die Diktatur des Schwerkapitals mit blutigem Terror und schärf- ster Ausbeutung. Die Kommunisten organisieren allein die Kampfaber, die den Faschismus zer- schmettern werden. Allen sozialdemokratischen Verleumdungen, die von eigenen Schandboten ablenken sollen, zum Trotz!

benen die „Volkswacht“ ansehend annimmt, daß sie nicht verstehen können, was sie lesen. Gen. Jordanski irgend etwas zu gunsten der Faschisten gesagt, ganz zu schweigen von der Frage, ob er etwa für ein Zusammengehen mit Mussoloni eingetreten ist? Will die „Volkswacht“ behaupten, daß der Faschismus ein per- sönliches Abenteuer ist? Ist es nicht viel marxistischer, die Falsche nicht in Erwägung zu ziehen, daß der Faschismus tatsächlich getragen wird von riesigen Massen des Kleinbürgertums, die den „großen politischen und sozialen Ver- such“ machen, durch blutige Diktatur die kapita- listische Wirtschaft wieder aufzubauen? Erst wenn man diese tiefstehende Wurzel des Fa- schismus kennt, kann man ihn wirklich bekämpfen. Denn das Resultat des Kleinbürgerlichen Pro- gramms des Faschismus ist die Diktatur des Schwerkapitals mit blutigem Terror und schärf- ster Ausbeutung. Die Kommunisten organisieren allein die Kampfaber, die den Faschismus zer- schmettern werden. Allen sozialdemokratischen Verleumdungen, die von eigenen Schandboten ablenken sollen, zum Trotz!

Ein neuer Gememord Ein ehemaliger Leutnant von Rechtsradikalen „umgelegt“

Am 5. September wurde in Oalowo bei Döberitz (Spreizierplatz) in einem Kesselbruch die Leiche eines etwa 25- bis 30-jährigen Mannes gefunden, die ungefähr 6 Monate im Wasser gelegen und stark in Verwesung über- gegangen war. Die Obduktion der Leiche ergab, daß der Tod durch zwei Schüsse in den Kopf verursacht worden ist. Die Beamten der Berliner Kriminalpolizei stellten aus Briefen und Aufzeichnungen fest, daß politische Motive bei dem Verbrechen mit- gespielt haben müssen. Die Feststellungen er- gaben, daß der Ermordete ein gewisser Leutnant Sand ist. Sand hatte Verbindungen mit rechtsradikalen Verbänden. Er spielte eine große Rolle bei verschiedenen geheimen Zirkeln. Sand hatte ebenfalls Verbindungen mit linksradikalen, denen er angeblich seine Kenntnisse über die Vorgänge innerhalb der Rechtsorganisation mit- teilte. Diese Umstände führten dazu, daß Sand von seinen ehemaligen Freunden beseitigt wurde. Es ist außerordentlich interessant, daß erst nach einem halben Jahre das Verschwinden von Sand festgestellt wird. Es gibt sicherlich Personen, denen das Verschwinden von Sand längst bekannt ist, die aber aus politischen Gründen dies verheimlichen. Die Spur der Mörder weist nach Angaben des Polizeipräsidi- ums nach Potsdam. Zur Ergreifung der Mörder wurden 50 Millionen Mark Belohnung ausgesetzt. Dieser Vorfall beweist, daß die Völkischen es fertig bringen, in aller Stille die ihnen unbequemen Personen beiseite zu schaffen. Kein Mensch außer den Beteiligten weiß, ob außer Sand nicht noch mehrere Abtrünnige unschädlich gemacht worden sind. Wenn die Völkischen mit dieser Brutalität gegen ihre eigenen Angehörigen vorgehen, so werden sie noch viel brutaler gegen die Arbeiterklasse sein.

Eisenbahner verweigern einen Faschistentransport

München, 25. Sept. Das Bahnpersonal verweigerte den Trans- port einer 600 Mann starken Sturmabteilung.

Die 600 Mann waren schwer bewaffnet und versuchten, die Eisenbahner zur Arbeit zu zwin- gen, was aber nicht gelang. Die Sturmabtei- lung versuchte nun, von einer anderen Bahn- station aus zu fahren. Die Abfahrt scheiterte ebenfalls. Bei der Rückkehr der Sturmabtei- lung griffen diese Straßenposten an. Die herbeigerufene Polizei ging in Gemeinschaft mit den Faschisten gegen die Bevölkerung vor. Auch im Stadtbezirk der unteren Aue gingen 80 Oberländer gegen die Bevölkerung vor.

Wer fürchtet den Bolschewismus?

Zahrelang hieß es von bürgerlicher und so- zialistischer Seite: Bolschewismus, das ist, wenn ein St. 3000 Rubel kostet, eine Straßenbahn- fahrt (falls sie überhaupt geht) 10 000 Rubel, ein Paar Stiefel eine Million Rubel. Nun denn, ein St. kostet in Deutschland 3 Millionen, eine Straßenbahnfahrt 3 Millionen, ein Paar Stiefel eine ganze Milliarde.

Man sagte: Bolschewismus, das ist, wenn man sich kein Buch mehr kaufen kann, nicht ins Theater gehen kann, wenn auf den Straßen geschossen wird. Nun wohl, wer kann heute in Deutschland sich ein Buch kaufen, ins Theater gehen? Und schießen sie nicht auf den Straßen, sowie die Jungen sich auf der Straße zeigen? Werden sie nicht noch ganz anders schießen? Und doch ist kein Bolschewismus in Deutsch- land. Denn Bolschewismus, das ist: Herrschaft der Werttätigen und Beginn der sozialisti- schen Ordnung. Das hat man verschwiegen. Die Kommunistische Partei hat nie leere Ver- sprechungen gemacht. Ohne harte, harte Arbeit wird das Proletariat sich nicht aus seiner Lage befreien können. Die bolschewistisch-kommunisti- sche Partei wirbt nicht Wähler, noch „zahrende Mitglieder“, sie wirbt Kämpfer für die Be- freiung der werttätigen Klasse. Erst mit der proletarischen Machtergreifung bekommt das Ver- den wieder einen Sinn.

Ein SPD-Mann beurteilt die Politik der Koalitionsregierung

Oberfeld, 22. September. In der Stadthalle sprach der SPD-Mann Engelbert Graf. Er bezeichnete die Stresemann- Regierung als eine Regierung der Ohnmacht, Einnes gebore und Zucht. Sein Genosse Hilsberg stände unter der Diktatur von Raumer. Nach seiner Meinung müßte die SPD sofort aus der Regierung austreten. Graf beurteilt auch das Verlangen nach Mehrarbeit und verlangt Hebung der Produktion durch Verbesserung der Technik. Zu einem Bündnis mit Sowjetrußland vermochte er nicht aufzu- fordern, nur eine Zusammenarbeit mit Ruß- land verlangt er. In seinem Schlusswort wies Graf auf die Abmachungen der Internationalen Transportarbeiter hin. Die sozialdemokrati- schen Blätter gaben einen entstellten Bericht über diese Versammlung.

Zwei Opfer der Ausbeutung

Auf der Melchiorgrube im Ditterbach hat wiederum zwei Proletarierleben zu beklagen. In der Nacht von Freitag zu Sonnabend wurde der im Grubenstollen arbeitende Hauer Klus von einem Bergstück erfasst und getötet. Seine Arbeitskollegen konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. In demselben Tage verunglückte in der Ge- paration auf der Melchiorgrube der Arbeiter Schmidt ebenfalls zu Tode. Die brutale Diktatur der Kapitalisten läßt die Proletarier hungern und verlangt oben- drein noch ihr Leben.

Nach Ratibor, Reisse, Neurode folgt Beuthen



Ein Bild ohne Worte. (Wir werden uns hüten, ein neues Verbot zu produzieren.) Jeder kann sich seinen Vers selber machen.

Betrieb und Werkstatt



Berichterstattung der Betriebszellen!

Sorgt durch schnelle und regelmäßige Berichtserstattung an die Redaktion der 'Schlesischen Arbeiter-Zeitung', Breslau, Erebniher Straße 50, dafür, daß all die Mitglände und Schikanen, unter denen die Kollegen im Betriebe zu leiden haben, öffentlich gebrandmarkt werden können.

Die Unterstützung der Gemahregelten

Durch die Solidaritätsaktion der Roten Gewerkschaftsinternationale anlässlich des letzten Generalfreikampfs konnte der Reichsausschuss außer den durch Sammlungen ausgebrachten Mitteln für die gemahregelten Arbeiter und deren Familien bis zum 15. September die gewaltige Summe von 805 Milliarben 236 Millionen Mark zur Auszahlung zu bringen.

Munition heran!

Die Betriebszelle Dösch-Fabrik sammelte für den Pressefonds der 'Schlesischen Arbeiter-Zeitung' bis jetzt 50 000 000 Mark. Die Sammlung ist noch nicht abgeschlossen.

Arbeitsfreudung, Betriebsstilllegung und Betriebsräte

Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Hunger greifen auch in Schlesien um sich. So sind z. B. in Strehlen und Olas fast die Hälfte der Arbeiter arbeitslos.

Gegen die Kurzarbeit und die Stilllegung der Betriebe gilt es in erster Linie zu kämpfen durch Mobilisierung der Massen gegen die Unternehmer und die Behörden, wie das an anderer Stelle des Blattes eingehender gesagt wird.

In diesen Kämpfen spielt jedoch auch die Zustimmung der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen eine große Rolle. Eine Voraussetzung für ein kraftvolles und sicheres Auftreten gegenüber dem Unternehmer sowohl innerhalb des Betriebes als auch besonders vor den Behörden ist die genaue Kenntnis und sachgemäße Auslegung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

1. Die Arbeitsfreudung.

Wie ist die Rechtslage bei der Verkürzung der Arbeitszeit, bei der sogenannten Streckung der Arbeit? Hat der Unternehmer das Recht, ohne Mitwirkung der Betriebsvertretungen eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen? Wenn nicht, welche Mittel stehen der Betriebs-

vertretung zur Abwehr der Produktionsabsotage durch den Unternehmer auf rechtlichem Gebiete zur Verfügung?

Maßgebend zur Beantwortung dieser Fragen ist die Demobilisierungsverordnung vom 12. 2. 1920 über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, die auch heute noch in vollem Umfange und zwar für alle Betriebe mit Ausnahme der Post und Eisenbahn, also auch für die Zwerge- und Kleinbetriebe ohne Betriebsvertretungen, Geltung besitzt, sowie das Betriebsrätegesetz vom 4. 2. 1920. Nach § 12 der Verordnung vom 12. 2. 1920 dürfen Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl nur vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitsleistung durch Verkürzung der Arbeitszeit zugemutet werden kann.

Die

politische Tätigkeit der Werbeweche kann allen Genossen nicht eindringlich genug klar gemacht werden. Die größten Erfolge in Bezug auf Gewinnung neuer Abonnenten können bei planmäßiger, unermüdlicher Arbeit durch die

Betriebszelle

erzielt werden. In einer Zellenliste muß ein genauer Plan ausgearbeitet werden. Listen aller Arbeitskollegen, die bearbeitet werden sollen, müssen angefertigt werden. Jeder Genosse erhält die Verpflichtung, an bestimmte Arbeiter mit der Abonnementsforderung heranzutreten. Zu diesem Zwecke muß jeder Genosse seine Zeitung mit in den Betrieb nehmen und den Arbeitern geben. Dann wird über den Inhalt der Zeitung diskutiert. Jeder Kommunist merke sich: Die Beharrlichkeit

macht

den Erfolg! Die Tätigkeit jedes einzelnen Parteimitgliedes muß von der Zellenseitung kontrolliert werden. Täglich muß der einzelne Genosse dem für die Werbearbeit verantwortlichen Genossen mitteilen, wie er seine Arbeit durchgeführt hat. Genossen! Ihr müßt in Schlesien mindestens hunderttausend Abonnenten gewinnen! Setzt eure ganze Energie ein. Es gilt die Organisierung der großen Volksmassen,

die

wir zur Durchführung unserer historischen Aufgabe notwendig haben! Sorgt dafür, daß in dieser Werbekampagne Schlesien an der Spitze aller Partebezirke steht! Denkt daran, daß mit jedem neuen Leser ein neuer Kämpfer für die Arbeiter- und Bauernregierung gewonnen wird, ein neuer Kämpfer für die

Revolution!

Unternehmer die Verkürzung der Arbeitszeit so viel Tage vorher anfragen, als die Kündigungszeit in dem betreffenden Gewerbe tariflich oder auf eine andere Art festgelegt ist. Trägt die Kündigungszeit also nur einen Tag, wie es bei den 'Lohnarbeitern' üblich ist, so genügt ein Tag Anlagfrist.

Wo keine Kündigungszeit besteht, gilt die gesetzliche von 14 Tagen, die dann also auch als Anlagfrist von dem Unternehmer eingehalten werden muß.

Kann nun der Unternehmer kommen und der Belegschaft oder der Betriebsvertretung sagen: Von morgen ab arbeitet der Betrieb nur noch 24 Stunden, dann werden die und die Arbeiter entlassen? Oder steht der Belegschaft bzgl. den Betriebsvertretungen das Arbeitsstreckung ein Mitwirkungsrecht zu? Bei den sogenannten Zwergebetrieben, d. h. also allen den Betrieben, die wegen ihrer geringen Arbeitnehmerzahl keine Betriebsvertretung haben, steht der Belegschaft ein Mitwirkungsrecht bei der Anordnung der Arbeitsstreckung rechtlich nicht zu. In diesen, von dem hiesigen Gesetzgeber überall stiefmütterlich behandelten Betrieben haben die einzelnen Belegschaftsmitglieder lediglich das Recht aus § 22 der Verordnung vom 12. 2. 20, d. h. das Recht nach ihrer Entlassung den Schlichtungsausschuss anzurufen, sei es, weil der Unternehmer eine Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt nicht oder nicht ordnungsgemäß vorgenommen hat, sei es, daß er nach ordnungsgemäßer Streckung der Arbeit bei der Entlassung nicht die Vorschriften des § 13 der Verordnung vom 12. 2. 1920 hinsichtlich des Alters, des Dienstalters, der Familienverhältnisse usw. der Entlassenen berücksichtigt hat.

Ganz anders bei den Betrieben, die einer Betriebsobmann, einen Betriebsrat oder eine sonstige Betriebsvertretung besitzen. Hier haben die entlassenen Arbeitnehmer nicht nur die oben näher bezeichneten Ansprüche aus §§ 12 und 13 der V.-O. vom 12. 2. 20, wozu bei den Betrieben mit über 20 Arbeitnehmern auch noch die Ansprüche aus den §§ 84 ff. d. B.R.G. kommen, sondern in diesen Betrieben besteht für die Betriebsvertretungen auch ein Mitwirkungsrecht bei der Anordnung der Arbeitsstreckung.

Dieses Mitwirkungsrecht steht zwar nicht ausdrücklich in der V.-O. vom 12. 2. 20 ausgesprochen, läßt sich aber ohne weiteres aus den einschlägigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes ableiten. Nach § 1 der V.-O. soll die Betriebsvertretung die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Unternehmer wahrnehmen. Nach § 36 3. 1 soll die Betriebsvertretung die Betriebsleitung mit Rat unterstützen, nach § 65 3. 5 gemeinsame Dienstvorschriften mit dem Arbeitgeber vereinbaren, und zwar in Verbindung mit § 78 3. 3, nach Maßgabe der §§ 75 und 80 B.R.G. Außerdem soll nach § 78 3. 1 die Betriebsvertretung die Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Befehle überwachen und außerdem nach § 78 3. 2 bei der Festlegung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerung und Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit mitwirken.

Der Sinn der Verordnung vom 12. 2. 20 ist nun der, die Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit zu schützen und die Produktion im Gange zu halten. Es soll also immer, bevor zu Entlassungen geschritten wird, eine Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden, um dadurch die Weiterbeschäftigung aller Arbeitnehmer zu ermöglichen. Erst dann, wenn sich die Aufrechterhaltung des Betriebes mit der vollen Arbeiterzahl nicht durchführen läßt, sollen Entlassungen, aber auch nur unter Beachtung der Bestimmungen des § 13 der Verordnung vom 12. 2. 20 zulässig sein. Jene welche herartige Maßnahmen, die sich in den allermeisten Fällen nicht auf einen Arbeitnehmer, sondern fast stets auf eine ganze Anzahl erstrecken, können vom Unternehmer nur in Form einer Dienstvorschrift der Belegschaft bekannt gemacht werden, einer Dienstvorschrift, die vom Unternehmer nur durchgeührt werden kann, wenn sie der Betriebsvertretung vorgelegt worden ist, oder im Falle der Nichteinigung der Schlichtungsausschuss endgültig entschieden hat.

Es ergibt sich infolgedessen aus den angezogenen Bestimmungen des B.R.G. in Verbindung mit dem klaren Sinne der Verordnung vom 12. 2. 20, daß der Unternehmer sich unter allen Umständen mit der Betriebsvertretung in Verbindung zu setzen hat, bevor es zur Anordnung einer Arbeitszeitverkürzung kommen

kann. Es müssen sodann Verhandlungen geschlossen werden über die Art der Verkürzung der Arbeitszeit, d. h. ob wöchentlich statt 48 nur 44 oder nur 36 oder gar nur 24 Stunden gearbeitet werden soll. Die Betriebsvertretung hat in einer Betriebsversammlung die Belegschaft von der Sachlage zu unterrichten. Sie muß die Ansicht der Belegschaft hören und auf Grund derselben sowie der eigenen Kenntnis der Verhältnisse versuchen, mit dem Unternehmer zu einem Resultat zu kommen. Im Nichteinigungsfalle hätte der Schlichtungsausschuss endgültig zu entscheiden. Ist die Betriebsvertretung der Meinung, mit einer Arbeitszeitverkürzung, z. B. auf 36 Stunden pro Woche den Betrieb aufrechterhalten zu können, während der Unternehmer auf 24 Wochenstunden besteht, dann können die Arbeitnehmer die Differenz von 12 Wochenstunden beim Gewerbergericht eintragen. Der Unternehmer wäre dann seinerseits gehalten entweder noch zu einer Verständigung mit der Betriebsvertretung zu kommen, oder wiederum den Schlichtungsausschuss endgültig entscheiden zu lassen. Das bezügliche Abmachten überhaupt nur in der Form von Dienstvorschriften möglich sind, ist selbstverständlich, da die Belegschaft irgendetwas von der Maßnahme in Kenntnis gesetzt werden muß, sei es schriftlich oder mündlich. Dabei hat aber der Unternehmer gemäß §§ 75 und 80 B.R.G. nur die Möglichkeit, durch Mitwirkung der Betriebsvertretung oder des Schlichtungsausschusses als letzte Instanz zu einem Resultat zu kommen.

Eine etwaige Vereinbarung zwischen Unternehmer und Betriebsvertretung, daß Arbeitszeitverkürzung nicht eintreten soll, sondern sofort Entlassungen vorgenommen werden können, wäre natürlich richtig, da eine solche Vereinbarung dem allgemein anerkannten Grundsatz, daß zu demselben der Arbeitnehmer erlassene Befehle Bestimmungen nicht zu deren Ungunsten vertraglich abgeändert werden können, widersprechen würde. Den gekündigten Arbeitnehmern würde also in einem solchen — annehmbar recht seltenen — Falle durchaus unbenommen bleiben, auf Grund der Verordnung vom 12. 2. 20 den Schlichtungsausschuss anzurufen und sich ihr Recht zu verschaffen.

Als Ergebnis unserer Betrachtungen, deren Beweisführung sich leicht noch erweitern ließe, ist also daran festzuhalten, daß die Betriebsvertretungen nach dem Betriebsrätegesetz das Recht haben, bei der Anordnung von Arbeitszeitverkürzung mitzuwirken. Und zwar nicht nur in dem unklaren und verschwommenen Sinne der Mitwirkung, daß sie mitreden dürfen, ohne daß der Unternehmer auf die Vorstellungen der Betriebsvertretungen zu reagieren braucht, sondern in dem sehr deutlichen und realen Sinne eines Mitwirkungsrechtes, dem teils durch Anrufung des Schlichtungsausschusses, teils durch Klage vor den ordentlichen Gerichten auf Grund der §§ 75, 78, 80, 84 ff. des B.R.G. oder der §§ 12, 13 der Verordnung vom 12. 2. 20 sehr energig Nachdruck verliehen werden kann.

(Fortsetzung des Artikels über Betriebsstilllegung folgt morgen.)

Steuerabzug vom Lohnabschlag

Das Finanzamt schreibt uns: Aus Anlaß der Änderungen der Ermäßigungen beim Steuerabzug im Laufe des Monats September hat der Reichsminister der Finanzen über den Steuerabzug bei Abschlagszahlungen oder Vorschüssen entschieden:

Als Arbeitslohn im Sinne der §§ 45 ff. E. St.-G. ist auch die meist als 'Abschlagszahlung' oder 'Vorschuß' bezeichnete Leistung des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer anzusehen. Denn eine solche Leistung stellt sich als Entgelt für geleistete Arbeit oder als Vorauszahlung von an sich erst später fälligem Arbeitslohn dar. In beiden Fällen liegt bei Fortsetzung des Dienstverhältnisses ein Darlehen nicht vor; ein Rückforderungsanspruch aus einem Darlehen besteht nicht. Es ist daher grundsätzlich daran festzuhalten, daß auch von Abschlagszahlungen und Vorschüssen der Steuerabzug unter Berücksichtigung der Ermäßigungen vorgenommen wird. Die für den Zeitraum (Monat, Woche, Arbeitstage) gelten, für den die Zahlung erfolgt.

Advertisement for 'Bobrowsky & Zellner' featuring 'Steinwitz' and 'Ring 22'. Text includes 'MANUFABRIK', 'GRÖSSTES', 'SPEZIALHAUS', 'LEINEN-UND BAUMWOLLWAREN', 'AM PLATZE', and 'FERNSPRECHER 272'.

Das Stinnesprogramm soll durchgeführt werden

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat beschlossen, an der Sitzung am Donnerstag den Reichskanzler, Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsminister zu laden, um das Programm der Regierung bezüglich der Sozialpolitik und der Sozialversicherung zu hören. Die Regierung wird es jedoch nicht für nötig erachten, die Anfrager, die in den Reden des Reichskanzlers, des Wirtschafts- und Finanzministers in allen öffentlichen Versammlungen gemacht worden sind.

Die Anfragerungen gingen bekanntlich dahin, daß die Sozialgesetzgebung an die Not der Zeit angepaßt werden müsse. Der Achtstundentag könne nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Höhe der Arbeiterlöhne hätte den Friedensstand übersteigert und müßte abgebaut werden. Den Arbeitnehmern wurde weiter versprochen, daß die Demobilisierungsverordnungen außer Kraft gesetzt werden sollten, damit sie bei Betriebsstilllegungen und Entlassungen ihre Willkür gegenüber den Arbeitern und Angestellten ungeschützt zum Ausdruck bringen und die Wirtschaft weiter sabotieren können. Des Weiteren sollte die Arbeitslosenversicherung durch die Schaffung von Arbeitsstellen verbessert werden. Das würde bedeuten, daß die Arbeitslosenversicherung auch die übrigen Abzweiger von ihren Hungerlöhnen auch noch die ungeheure Belastung der Arbeitslosenversicherung tragen soll. Sie soll das Risiko der kapitalistischen Erbschaft und Wirtschaftsanarchie auf sich nehmen und dafür noch mit allen möglichen Steuern, die das Volk vor sich weiter in ihrer Freizügigkeit und Eitelkeit eingezogen werden.

Die Regierung sollte also lediglich den Reichsarbeitsminister in den Ausschuss des Reichstages. Der Arbeitsminister erklärte, er könne dem Ausschuss über all diese Dinge noch keinen Bericht erstatten, da die Regierung ihr Programm über die zukünftige Gestaltung der Sozialgesetzgebung noch nicht fertig hätte. Die Ausführungen in den Reden des Reichskanzlers und der übrigen Herren seien verlässliche Aufstellungen gewesen. Das Kabinett berate gegenwärtig noch über diese Fragen, jedoch könne er heute schon erklären, wenn man auch nicht daran denke, in der Sozialgesetzgebung die Zustände der Vorkriegszeit herbeizuführen, so müsse doch die Sozialpolitik der Not der Zeit angepaßt werden. Parteigrundrätze (Achtstundentag) konnten nicht mehr gelten. Die sozialdemokratischen Vertreter des Ausschusses waren nach dieser Erklärung des Arbeitsministers ziemlich verstimmt. Arbeiter und Hoch vertriehen durch ihre Ausführungen, weitere Erklärungen vom Arbeitsminister zu erlangen. Hoch führte aus, daß ihm ein neuer Entwurf über die Arbeitslosenversicherung bekannt sei, der u. a. eine Bestimmung enthalte, daß 20% der Krankheitsbeiträge für die Arbeitslosenversicherung bereit gestellt werden sollten. Der Arbeitsminister erklärte, daß aus dem Reichsarbeitsministerium ein solcher Entwurf nicht herausgegangen sei. Im übrigen schloß er sich aber

weiter aus, ebenso die Vertreter der bürgerlichen Parteien, deren Geschäfte von der Koalitionsregierung bestens besorgt werden. Auf der Vertreter wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Regierung zu schlapp und unfähig sei, auch nur ihre angekündigte Finanz- und Steuerpolitik durchzuführen, daß man gar nicht daran denke, den Kapitalisten mit einer wirklichen Einkommensteuer auf den Leib zu rücken, darum wolle man jetzt versuchen, das Stinnesprogramm zur Durchführung zu bringen. Die hungernde werktätige Bevölkerung soll durch längere Arbeitszeit, niedrigere Löhne und Ausbesserung weiterer Lücken durch die Arbeitslosenversicherung das Glas der kapitalistischen Vorkriegszeit tragen. Die Arbeiterschaft wird jedoch alle Maßnahmen der Regierung aufmerksam verfolgen und jeden Anschlag auf ihre Freiheit und Existenz in geschlossener Front abzuwehren wissen.

Neugeld?

Nach der großen Pleite mit den wertbeständigen Löhnen, seit deren Einführung die Verelendung der werktätigen Bevölkerung ganz rapid zunahm, ist das Kapital noch frecher und üppiger geworden. Es weiß, auf diesen Finanzminister, auf Hilferding kann es sich ebenso gut verlassen, wie auf den Herrn Roske. Hilferding will mit einem neuen Bluff die Werttätigen weiter in Passivität erhalten. Auf dem hochgeschwellten Strom der Devisenkurse sind die neuen Steuern, mit denen angeblich das Kapital diktatorisch angepaßt werden sollte hinweggeschwommen, fast spurlos verschwunden. Von 5 auf 350 Millionen M. ging der Dollar in die Höhe, in den 5 Wochen, seit Hilferding die Finanzen „sanitiert“. Nun will er neue Hoffnung wecken. Er ver-

spricht Neugeld. Dieses Neugeld ist ein neuer Trug für die Werttätigen. Das Neugeld soll der Inflation, der Preissteigerung, der Lohnentwertung einen Damm setzen. Gerade jetzt springen die Preise in welkausholenden Höhen in die Höhe. Mit der sogenannten Goldmarkrechnung hat das Schwerekapital die Preise der Rohstoffe und Halbfabrikate auf den 2 bis 3fachen Preis der in Gold aufgerechneten Friedenspreise erhöht. Jetzt kommen wieder die neuen gewaltigen Preissteigerungen, denen sich automatisch neue Preissteigerungen anschließen. Wohl oder übel, wenn auch in großem Abstände, müssen dann die Löhne und Gehälter ebenfalls erhöht werden. Das alles bedingt eine neue gewaltige Vermehrung der Papiernoten. Wie kann man da ernsthaft an eine Einschränkung der Inflation denken? Meistens: der neue Plan ist unklar, kompliziert und ganz augenscheinlich auf die Interessen des Großkapitals eingestellt.

In Zukunft soll die Reichsbank nur noch Goldnoten herausgeben, nicht mehr die Reichsschuldscheine distillieren. Dadurch, so behauptet Herr Hilferding, werde die Vermehrung des Papiergeldes verhindert. Hier steckt die „Achillesferse“. Woher sollen die großen Beträge für neue Frachten, höhere Löhne, steigende Gehälter für den ganzen Warenverkehr infolge der Preissteigerung genommen werden? Die Frage ist umso mehr berechtigt, als die Goldnoten der Reichsbank lediglich für den ganz kleinen Kreis des Großhandels, der Großgüter und der Großindustrie bestimmt sind. Das wertbeständige Geld bleibt im Großkapitalisten verkertert. Für die werktätige Bevölkerung bleibt das Papiergeld, das dauernd entwertet wird. Der Ausraubungsprozess des Kapitals werden keinerlei Schranken gesetzt. Der Bluff in dem neuen Plan besteht in der sogenannten Währungsbank. Sie soll die Mittel für den Staat beschaffen.

Ein Mittelglied zwischen den Goldnoten und dem Papiermark. Mit einer geringen hypothekarischen Belastung der Sachwerte soll Herr Hilferding die Währungsbank betriebsfähig machen. In Wirklichkeit soll das Balanzieren des Staatshaushaltes durch das schon angekündigte „große Sparen“ erreicht werden. Was steckt hinter dem Sparen? In großem Umfang Beschränkung in sozialen und kulturellen Ausgaben. Daher bedeutet das Sparen: Vermehrung der Arbeitslosigkeit, Zunahme der Kurzarbeit, wachsende Not. Und noch etwas anderes bewirkt das große Sparen. Ein Herabwürden der Arbeiterkraft, wenn sie sich nicht aktiv auf eine gründliche Veränderung der bestehenden Wirtschaftsordnung einrichtet. Das Herabwürden der Arbeiterkraft soll den Widerstand gegen Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung brechen. Herr Hilferding will gesteigerte Produktivität. Hier ist der Weg zu der kapitalistischen Steigerung der Produktivität. Eine Steigerung der Produktivität im proletarischen Sinne, die allein und retten kann, wird nur durch eine Arbeiterregierung garantiert.

Der Dollar sinkt, die Preise steigen

An der Börse herrscht große Bestürzung, da der Dollar bedeutend gefallen ist. Währenddem die Groß- und Kleinhändler sofort bereit sind, bei einer Aufwärtsbewegung des Dollarwertes auch die Preise hinaufzusetzen, ist bis jetzt noch keine Preisherabsetzung erfolgt. Im Gegenteil, wichtige Lebensmittel sind weiter gestiegen. Am selben Tag, als der Dollar um 30 v. H. gesunken ist, wurde der Kartoffelpreis um 50 v. H. erhöht. Auch die Fleisch- und Würstpreise sind um 25 bis 50% hinaufgesetzt worden. Die bürgerliche Presse verlangt von den Kleinhändlern, daß sie ihre Preise herabsetzen sollen. Unserer Auffassung nach ist es Pflicht des Großhandels, sich zuerst dem Dollarwert anzupassen. Die jetzigen Preise, die weit über dem Weltmarktpreis stehen, stehen in großem Gegensatz zu den Preisen in der Schweiz.

Nach einer Statistik ist die Preisgestaltung in der Schweiz um 35 v. H. niedriger als in Deutschland. Nur für Nahrungsmittel hat Deutschland noch einen Vorsprung von 2,3%. Textilwaren sind in der Schweiz um 62 v. H. billiger als in Deutschland. Mineralien sind um 85,6 v. H. billiger als in Deutschland.

Der Umstand, daß in der Schweiz der größte Teil der Bedarfsartikel und Lebensmittel billiger ist als in Deutschland, hat mitgeholfen, die Arbeiterschaft an der baltisch-schweizerischen Grenze über den Teuerungsschwindel aufzuklären.

Die Forderung: herunter mit den Preisen! wird trotz dem niedrigen Dollarstand nicht erfüllt werden, wenn nicht die Arbeiterklasse durch ihre Aktionen, durch eigene wirtschaftliche Maßnahmen, dies erzwingt.

**Bringe nur einen Abonnenten!
Aber diesen einen jeden Preis!**

Wer zahlt die Kosten des Ruhrkampfes?



Aus Mailand aus Italien

Roman von Corcha Espina
Copyright 1922. Verlag W. J. Mörlins, Berlin 48!

„Noch andere, elegante Familien von Ausländern kamen hinzu, die der vornehmeren Sorte zur Unterhaltung kamen, für diejenigen der Reichhaltigkeit von Sofia Herrmann wohnen. Einige davon tragen Röcher und Akzentoren um ihre Köpfe in der sozialen Arbeit würdig hielten zu bleiben, oder anderen hielten viel der satten Hände solche Sachen mit Handarbeiten, Spitzen und halbtierischen Süßwaren. Ein solches herbei, um an der Zusammenkunft bei der Direktorin teilzunehmen, und die Herren begleiteten sie in dem Wägen, mit dem Maria ihre Handtücher auszubereiten. Gruppenweise kamen sie durch die offene Galerie, die rings um den „Burgalov“ lief, streifen an den Fenstern des Emballiergeschäfts vorbei und kamen schließlich mit ihrem stolzen Gedächtnis hinter einem prächtigen Bänkechen hervor.“

„Sie hatten nicht bemerkt, daß die Kommitte von aus Navarra so bald kommen würde, und als sie jetzt über deren Entlangung angetreten, erlangen Bemerkungen nach Proportionen zwischen Ausdrücken des Bedauerns und der Enttäuschung.“

„Für den Herrn nicht haben lassen“ mahnte Dona Berta in freudiger Verzückung. „Sollt ihr mir drücken und wir müssen auf keine Abstände eingehen, wir werden das Hospital die Spulen und die Zeitfrist gründen, wir werden, falls es, was es sollte, das Gut, nur werden unsere Barmherzigkeit zum Heilwerden ersehen.“

getreten, in allen aber tobte das Fieber des Advokates, daß sie für fromm und erhaben hielten.

„Im Wallen dieses frommen Aufstrebens waren die drei aus Navarra völlig in Bergeckebrit geraten, hätte nicht Don Jacobs die Gelesenheit benutzt um Aurora anzudehen: die Schönheit und Gastfreundschaft der Fremden hatten ihn sehr überrascht.“

„Du bist hier nicht zu Hause, nicht wahr?“ fragt er mit halber Stimme, die Fäden seiner äglichen Erfindungen zukunftsweisend.

„Ich bin überall zu Hause“, erwidert sie furchend.

„Du bist von weither gekommen, um einen Mann zu suchen.“

„Nein, ich ihnen darüber Redenshaft schalt.“

„Ich bin dein Borgeleiter.“

„Go!“

„Du kommst krank, mit einem Kinde hier an.“

„Nicht krank, nur ermüdet.“

„Dein Liebhaber lebe mit einer anderen Frau zusammen.“

„Ich erlaube ihnen nicht in dieser Weise zu mir zu sprechen.“

„Dieser Mann wird als verdächtig überwacht, es wäre besser, wenn du weniger groß wärest.“

„Ihnen gegenüber?“

„Ja, mir gegenüber.“

„Das junge Mädchen, wirst du von der Seite einen Pfiff fangbar in Geringschätzung zu und geht zu Rosario zurück, die sich noch nicht von ihrem Glauben über diese Dame erholt hat, die um jeden Preis Arme und Kranke haben will, an denen sie die Segnungen ihrer Herren mit Vorliebe überlassen.“

„Gehe mit!“

„Go!“

„Wer Diana Grecois hand in Klüchten, gebrochenen Spanisch mit Dolores.“

„Aber wo ist ihr Sohn?“

„In der Schwefelsteinfabrik, er arbeitet der Gale wegen mit einer Gasmaske, ist an ein Seil gebunden für den Fall, daß er das Bewusstsein verliert, und wenn sich hat er die Krankenbetten und den Arznelkasten... er verbringt drei Wochen.“

„O, nicht möglich!“

„Beim Kreuz Christi, es ist so!“ schreit die Schirglerin und läßt ihre Finger. Berta weurt, die die Sprache besser kennt, überseht ihrer Freundin diese Antwort.

„Das ist eine Ruchlosigkeit!“ murmelt die Dame in englischer Sprache, sich an ihren Oaten wendend, der, nachdem er sich vom Inhalt des Gebrüches unterrichtet hat, mit leiser Stimme wiederholt:

„Eine Ruchlosigkeit!“

Leonardo Grecois, ein Nordamerikaner, ist der Leiter des chemischen Laboratoriums; erst seit kurzer Zeit ist er in Dite. Jung ist er, kräftig und heiter, aus seinen Zügen sprechen Güte und Teilnahme, und, was Geistesgaben anbetrifft, paßt er sehr gut zu seiner Frau. Er ist tochen in das Leuchte Haus gekommen, um kein kleines Mädchen zu holen, das ihm unter den Händen entwich, um in Auroras Nähe zurückzuführen: diese Frau, die sie mit Augen, grün und tief wie das Meer, so liebtvoll anseht, erregt ihr Interesse. Die Kleine möchte gern etwas sagen und weiß nicht was, und schließlich ergreift sie ihre im Echnig liegenden Hände und fragt schmeichelnd:

„Will you have some more water?“

„Ich verstehe dich nicht, mein Herrchen.“

„Aber neben dem Kinde wiederholt Grecois lächelnd.“

„Oh sie noch mehr Wasser haben wollen.“

„Ja, noch ein bißchen.“ Was für ein liebes Kind! sagt Aurora gerührt und wundert sich, daß ein Herr sie wieder mit da anredet, noch sie mit bescheidener Begier oder Geringschätzung betrachtet. „Wie heißt du?“ fragt sie die Kleine, und der Vater antwortet:

„Alicia. Sie versteht kaum Spanisch.“

„Dann läßt er sich von dem Kinde führen, das ihm etwas sehr Wichtiges erklärt und ihn ein Glas mit Wasser fassen läßt, gerade in dem Augenblick, als in dem Saal die Ordnung wiederhergestellt wird. Die Besucher nehmen Platz, der Knappe von der Stimme wird gedämpft, und plötzlich stehen nur noch die drei aus Navarra mit Alicia und ihrem Vater da, die ihnen zu trinken anbieten.“

„Reiche Teller!“ flüstert Dolores, die das

plötzliche Erscheinen der murrenden Stimmen verwirrt; und Rosario erinnert an einen Volksglauben, indem sie ganz leise sagt:

„Die Engel gehen durch das Zimmer!“

„Die drei trinken; sie wirken, allein inmitten des Zimmers, wie ein seltsames Relief, wie ein Symbol unter dem Schutze der Unglück.“

„Denn Alicia weiß sich nicht zu lassen vor Stolz, daß ihr Vater ihr gehorcht und daß man sie allgemein mit Stutzen und Bewunderung betrachtet. Sie lächelt und ist voller Freude, bis die Fremden sich dankend verabschieden und wieder Inruhe und Geräusch verursachen.“

Die Direktorin hat sich sehr höflich erhoben und begleitet sie durch die äußere Galerie um das Gebäude herum, offenbar in der Absicht, den Abschied zu verlängern; der Chor der Prospektungen, die im Salon von neuem hervorsprudeln, begleitet sie.

Dona Berta geht mit Rosario ein wenig voran und sagt in vertraulichem Ton:

„Wie können sie nur unter diesen Unglücklichen leben, die weder Anstand noch Religion kennen? Ein Mädchen, das einem Mann nachläuft, eine Alte, die, solange sie konnte, dasselbe getan hat — lauter ehr- und sittenlose Leute, die den Frieden nicht auskommen lassen, weil die Bewirtung einer Revolution ihnen besser zutrifft.“

Rosario wendet den Kopf nach der Seite, angezogen von dem Quers der Zimmer, die sich nach der Loggia öffnen und weiße Betten, prachtvolle Tapeten, sowie reiche Möbel mit Bronzen und Kristallen zeigen. Dann bleibt sie dem Badezimmer gegenüber stehen, einem Raum von überraschender und beneidenswerter Pracht, mit spizenbergangenen Spiegeln, einer leuchtenden breiten Wärme, polierter Saffelung, einem mit Schönheitsmitteln und Wohlgerüchen beladenen Toilettentisch. Ein Jahr ist geöffnet: man hört die Frische des Wassers sich im Marmor verfließen.“

Auch Aurora betrachtet kahnfüchtig den Raum, während die Dame streng und überredend weiterfragt:

„Wie können sie mit diesem unerschämten Geungstiriling umgehen, den die Masse den „Führer“ nennt? Sagen sie!“

„Reiche Teller!“ flüstert Dolores, die das

(Fortsetzung folgt.)

Die Waldenburger KPD. entlarvt

Kommunisten statt Faschistenbekämpfung

Infolge der bewegten Zeit, in der Bereitwilligkeit nach Orientierung, hatten viele Arbeiter und Angestellte den Beschluß gefaßt, die von einem gewissen Bergmann (?) einberufene Deutschnationale Versammlung am Donnerstag, den 20. September, in der Stadtbrauerei zu besuchen. Im letzten Augenblicke wurde dieser Vorbescheid, der ehemalige Lehrer Kurtz aus Breslau, krank und ließ die Versammlung abgeben. Andere Genossen ergrißen die Initiative und die zahlreichen Arbeiter begrüßten die Anregung, nun eine kommunistische Versammlung zu machen. SPD-Führer versuchten, die Arbeiter nach Hause zu bewegen — doch ließen sich diese nicht abhalten. Notgedrungen mußte auch der erkrankte Kleine Stad von SPD-Führern sich entschließen, in der Versammlung zu bleiben. Diesmal war es kein Höllen, der sprach, sondern ein Funktionär der KPD, und in diesem Falle bestand gewiß in den Köpfen der Wagnen ein Schimmer von Zupersicht, aus einem Kampf vielleicht ungeschwächt hervorzugehen. Doch bekanntlich über den Sinn und Zweck, und so auch in diesem Falle. Die KPD glaubte, mit einer sozialistischen Gewerbe die Massen wieder einzufangen, doch über die Not, verursacht durch die unstillbare Profitgier, ließ dem Gedanken unter den Arbeitern gerade in diesem Moment lebendig werden, daß die Zeiten dieser Arbeiterführer keinem sozialistischen Gedanken entsprechen. Genosse König behandelte in seinem Referat die Ursachen der Entstehung der Deutschnationalen Bewegung. Die Grundursache der heutigen Verelendung, den Verrat der SPD, die Enttäuschung der Schichten des Mittelstandes und der Arbeiter, sowie die einzige Möglichkeit, durch Kampf zum Sieg zu gelangen, wurde von der überfüllten Versammlung begeistert aufgenommen.

Während des Referats machte sich auch die Reichstagsabgeordnete Anforge durch einen Zwischenruf bemerkbar, aber die antwortenden Frauen gaben die ihr gebührende Antwort. Einer arbeitslosen Teilnehmerin bot diese SPD-Abgeordnete sogar Schläge an. Die Arbeiterinnen haben aus diesem Falle erneut Lehren gezogen. In der Diskussion sprach Wilmann vom BVB. Unter Berufung auf geschichtliche Ereignisse wollte er erklären, daß alle Gewaltanwendungen, wie in Bayern, Ungarn usw., dem Willen der Arbeiter widersprechen hätten und notwendig den Aufstufungs-

prozess verursachen. Nur mit geistigen Waffen, die geschulte Arbeiterklasse hinter sich, würde der Sozialismus durchgesetzt werden. Genosse Schulz wies den Redner in den Rahmen einer realen Vorstellung. Die geschichtlichen Hinweise belegen gerade, daß nur an der zweifelhaften Haltung der KPD, die Reaktion mit brutaler Gewalt über die gesamten Arbeiter sich aufrichten konnte. Die Arbeiterklasse wird stets ein hilfloses Kind bleiben, will sie den Gedanken nähren, den Faschisten gegenüber mit geistigen Waffen entgegenzutreten. In Betracht ziehen muß man, daß mit diesen Illusionen die Führer nur die Ohnmacht der Arbeiterklasse erzielen wollen. Nach der Rückkehr von 1918, der Wirtschaft aufzubauen, damit die Profite der Besitzenden nicht verloren gehen, nach dem ökonomischen Programm, das Eigentumsrecht zu wahren gegen Entschädigung sozialisieren, das ist der Verrat, den die Arbeiter vorgesetzt wird. Heute kann jeder Arbeiter selbst entscheiden, was die KPD an legendären Sätzen vollbracht hat. Daßler vom MW, war der Clown des Abends. Er zeigte mit leeren Lehnen Rechtsfertigungsüberlegen die Sachmuskeln der Anwesenden. Ein Zeichen, daß die SPD, samt ihrer „Bergwacht“ nicht mehr ernst genommen wird, zeigt ein Zwischenfall. In einem Moment, wo selbst diesem aufgelaufenen Wortbrecher die Wüste ausging, rief ein Parteigenosse: „Setz dich zur Ruhe, den übrigen fmit kannst du morgen durch die „Bergwacht“ mitteilen!“

Durch weiteres hallloses Gemummel verursachte Daßler heftige Proteste seitens der Anwesenden. Auf einen treffenden Zwischenruf einer Arbeiterin bezeichnete er dieselbe als hysterisch. Angesichts dieser Verhöhnung zeigte eine starke Entrüstung ein. Nicht mehr fähig, sich verständlich zu machen, mußte dieser „Führer“ abbrechen.

Genosse Kötter reagierte auf die vielen anmaßenden Ausführungen der KPD, Sozialisten zu sein, und machte den Arbeitern verständlich, daß diese längst aufgehört haben, solche sich nennen zu dürfen. Genosse Eiche ging noch mit diesen Herren ins Gericht.

Wilmann benutzte nun eine Gelegenheit, seine Schäfchen aufzurufen, den Saal zu verlassen. Trotz des Abzuges der begünstigten SPD, war der Saal noch drückend voll und wichtig erscholl nach dem Schlusswort der Gewerkschaft der Internationale.

Genosse Dreht aus Mi-Vollig ist, aber das Thema: „Das Geleit der Stunde und warum hungern die deutschen Arbeiter?“ In seinen Ausführungen unterzog er die Regierung der Großen Koalition einer scharfen Kritik.

In der Diskussion sprachen mehrere Genossen von der KPD, die mit den Ausführungen des Referenten teils nicht und teils unverständlich waren, wobei sie auch die Koalitionspolitik ihrer Führer einer Kritik unterzogen. Eine Zellerammlung brachte 2 700 000 Mark ein.

Nach Schluß der Versammlung wurde die Gründung einer kommunistischen Ortsgruppe beschlossen, welche jetzt 20 Mitglieder zählt.

Zeitungssperre!

Infolge rückständiger Abonnementsgebühren sind wir gezwungen, für folgende Orte ab Mittwoch, den 26. September, die Zeitung zu sperren:

- Walgau (Kr. Neustadt), Ramsau,
- Robitz, Glawentz, Derimann,
- Derj, Ollagan, Bönen, Dö, Böge,
- Darna, Rumpsdorf, Josten.

Wir ersuchen die Ortsgruppen bzw. Zeitungs-Kommissionen sofort eine Revision bei ihrem Kolporteur vorzunehmen und uns über das Ergebnis Bericht zu geben. Die Sperre erfolgte bei sämtlichen Kolporturen deswegen, weil sie bis heute noch nicht erbkülig die Beiträge für Monat August abgerechnet haben. Die in Mitleidenschaft gezogenen Leser, die etwa ihre Abonnementsgebühren bei dem Kolporteur abgeliefert haben sollten, bitten wir, uns davon Mitteilung zu machen, damit wir ihnen die Zeitung direkt liefern können.

Berlag und Expedition

Fellhammer

Der Fellhammer „Bergwacht“ Berichterstatler ahmt es seiner Partie nach. Am 19. d. Mts. sprach Genosse Dombrowski, Breslau, hier in einer Frauenversammlung. Nun bringt die „Bergwacht“ in der Nummer 222 einen Bericht darüber. Darin versucht der Fellhammer Berichterstatler, seiner großen Tante in der Dreifachstunde gleichzutun. Er behauptet, daß Genosse Dombrowski erst die Respektierung der Gewerbe verlangte und nachträglich einfach erklärte: „Wir Kommunisten pfeifen auf die Gehele!“ Darin soll nach Meinung des Berichterstatlers die Unlogik und Verwirrung der Kommunisten sich grell widerspiegelt haben.

Was ist daran wahr?

Gen. Dombrowski führte in seinem Referat mit Recht an, daß die Besitzenden die Gehele nicht bis jetzt nicht respektieren, sondern diese auch verdrängen, indem z. B. das Gesetz zum Schutze der Republik die Interessen der breiten Schichten der wertvollen Bevölkerung verteidigen sollte, durch absichtlich falsche Auslegung und Anwendung wird es aber fast ausschließlich zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung angewandt. Und so haben unsere Genossen vollständig Recht, wenn sie auf diese verdrängten und falsch ausgelegten und angewandten Gehele einfach pfeifen.

Überdies empfehlen wir dem Fellhammer Berichterstatler, das kommunistische Manifest von Marx und Engels zu lesen. Vielleicht wird ihm beim Lesen dieser grundlegenden Schrift ein kleines Licht über die Klassenkampflehre aufgehen. Mit besterleitem Gehirn ist es natürlich unmöglich, sich in den politischen Tagesfragen zurecht zu finden.

Der Herr der „Bergwacht“ Berichterstatler ist verständlich. Sein Genosse Hiescher wurde von der Versammlung — die mit einem guten Erfolg für die KPD. endete — glatt abgeseht und einer seiner Parteigenossen unterfütterte die Ausführungen des Referenten.

Einige Neuaufnahmen betrug 35 Millionen, die für den Pressefonds gesammelt wurden, bewiesen, daß die Fellhammer Arbeiter und Arbeiterinnen sich zum Herr der ihre wahrheitsliebenden Berichterstatler sich nicht länger von der KPD. treu führen lassen.

Neumarkt

Ein nationalsozialistischer Rummel brannteste hier der Zentralverband der christlichen nationalen Landarbeiter für den Kreis Neumarkt, welchen die Herren Cretzschmar und Mattert leiteten. Die Feier war weiter nichts anderes, als eine Verdummung der Landarbeiter zugunsten der Großagrarier und Arbeiterausbeuter. Trotzdem stellten sich noch viele Landarbeiter auf den Schwindeln herein, was die jährliche Privatigung bewirkt. Empfangen wurden dieselben mit monarchistischer Liedern, wie z. B.: O Deutschland, hoch in Ehren! „Deutschland über alles“ und verschiedenen anderen Liedern. Eingeleitet wurde die Feier durch das Theaterstück „Kolberg“, welches natürlich auch wieder mit monarchistischen Liedern angefaßt war, z. B.: „Ich bin ein Preuße“, „Die Wacht am Rhein“ und verschiedenen anderen. Nach dem Theater war Gartenbesuch, bei welchem es zu unheimlichen Zusammenstößen kam. Als hiesige Gewerkschaft der Garten betreten, wurden sie mit den Worten hinausgewiesen: „Ihr seid doch gar keine Menschen, was wollt ihr hier, ihr habt hier nichts zu suchen, wir betteligen uns an euren Feiern nicht, da braucht ihr bei uns auch nicht teilzunehmen.“ Nur dem Zwischentreten einiger kranken Genossen ist es zu verdanken, daß es nicht zu Schlägereien kam. Auch der Tanz bewegte sich in monarchistischem Geiste. Es wurden Reden vom lieben Gott, Monarchie und Untertänigkeit geschwungen. Mit dem Beginn von monarchistischen Reden äußerten die Landarbeiter wieder ihren Heimgängen zu. Das ganze Fest war dazu angeht, die Landarbeiter wieder in die Arme der Ausbeuter zu werfen. Aber die Herren Großagrarier und der christlich-nationalen Zentralverband werden die Rechnung ohne die Landarbeiter gemacht haben; wenn der Tag der Abrechnung kommen wird, werden die Landarbeiter auch mitwachen wo sie hingehören.

240 Zentner an andere Lager abzugeben, wo die Flüchtlinge anschließend doch besser verpflegt werden als wie hier.

An Verpflegung erhalten die Flüchtlinge rein gar nichts, denn obwohl noch größere Bestände auf Lager liegen, ist die Verpflegungskammer seit einiger Zeit einfach geschlossen.

Am empfindlichsten ist die sogenannte Arbeitsprämie. Jeder Flüchtling ist bei Strafe der Entziehung der Karte zur Arbeit verpflichtet. Dafür erhält er eine Arbeitsprämie, die laut Ausschlag nicht als Lohn, sondern als Vergütung zu betrachten ist, damit die Flüchtlinge sich von diesem Gelde keine Einkäufe machen können. Bis Anfang September betrug diese Prämie

pro Stunde 300 M. (dreihundert M.). Mitte September ist diese auf 2000 Mark erhöht worden. Das macht sagt und schreibe 96 000 Mark Wochenlohn. Dafür konnte man in der Woche vom 16.—23. September genau neun und sechs Zentner Streichhölzer — nicht Schachzettel — kaufen.

Wir sind überzeugt, daß die Ramsdorfer Flüchtlinge aus diesen Zuständen die richtige Lehre gezogen haben. In ihrem eigenen Leibe haben sie den „Dank des Vaterlandes“ zu spüren bekommen. Sie haben die rücksichtslose Gewalttätigkeit des Großkapitals und deren Güte, der Offizierskaste, erkannt. Und sie werden diejenigen sein, die die in Ramsdorf noch junge kommunistische Bewegung mit Einfaz aller Kräfte unterstützen werden.

Waldenburg

Die Klassenjustiz am Werke. Das hiesige Schöffengericht verurteilte in der letzten Zeit mehrere Arbeiter zu je mehrmonatlichen Gefängnisstrafen. Diese Prozeduren sollen sich am 14. August d. Js. bei dem Anlauf auf dem Ringen wegen Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben. Die außerordentlich harten Strafen wurden mit der Begründung verhängt, daß es gerade in der jetzigen Zeit doppelt nötig sei, Ruhe und Frieden zu halten. Und dabei sind es die Betriebsräte und der proletarische Ordnungsdienst am 14. August gewesen, die durch ihr Auftreten ein Blutvergießen auf dem Ringen verhindert hätten.

Proletarier sind es gewesen, die für Herstellung von Ruhe und Ordnung gesorgt hatten. Proletarier sind es, die die herrschende Klasse als Dank dafür ins Gefängnis werfen läßt.

Groß-Rosen bei Striegau

Öffentliche Versammlung. Am Sonntag, den 16. September, fand hier eine äußerst gut besuchte Volksversammlung statt.

Frauen-Versammlung in Breslau

heute, Dienstag, den 25. September, abends 7 1/2 Uhr, im Parteilokal, Pitoloistrasse Nr. 49/50.

Thema:

„Die Frau als revolutionäre Kämpferin“

Aus der Provinz

Faschisten als Sprengkolonnen

Am 21. d. Mts. fand in Schmochwitz, Deutschnation, eine von der KPD, Ortsgruppe Regnitz einberufene öffentliche Landarbeiter-Versammlung statt, die sehr stark besucht war. Das Referat hielt Genosse Geier, Regnitz; dieser Führer hauptsächlich die große Not der Landbevölkerung und Ausbeutung durch das Großbesitzertum. Raum hatte der Referent das Wort ergriffen, als der ehemalige Führer der Kaufmännischen Angestellten des NSD, Regnitz, Herr Velled, Regnitz und der Drachwarenfabrikant J. a. n. Regnitz, mit 35 Mann seiner deutschnationalen Banden im Versammlungsort erschienen, um die Versammlung zu stören, was ihnen aber nicht gelang.

Daraufhin versuchte Herr Velled in stundenlangen Diskussionsreden die Landarbeiter zu langweilen, und dadurch die Versammlung an sich zu reißen, jedoch wiederum vergeblich. Daraufhin versuchte er an das Nationalgefühl zu appellieren und die Reden unserer Genossen als kommunistische Feindschaft hinstellen. Auch hierdurch erzielte er keinerlei Anhang. Immermehr ergriff Genosse Geier das Schlusswort und stellte auch den Chorredner, wie man Velled bezeichnen konnte, bloß, da sie im Tribünen ohne jeden Erfolg geklappt hatten. Die Banden waren ebenso spurlos verschwunden, wie dieselben erschienen waren.

Diese Versammlung, deren Störung durch die Wachsamkeit der Genossen verhindert wurde, zeigt den schließlichen Arbeitern erneut die Notwendigkeit, proletarische Abwehrkämpfe zu schaffen.

Neue Zustände im Flüchtlingslager Ramsdorf

Lieber die im Heimtätiger 5 herrschenden Zustände entnehmen wir der in Ramsdorf erscheinenden „Flüchtlingsstimme“ folgendes:

Vorier des Lagers ist ein Direktor Kirstein, ehemaliger Ballikommajor und Bataillonskommandeur, der die Flüchtlinge wie Refruzen behandelt und der Ansicht ist, daß der Flüchtling ein Geschwür am Körper des Staates ist. So antwortet er z. B. dem Obmann des Flüchtlingsausschusses Schwarz einfach die Karte dafür, weil dieser die Interessen der Flüchtlinge ohne Rücksicht auf die Privatinteressen und Ansichten des Herrn Direktors vertrat. Obendrein hat Herr Kirstein der Obmann für abgesetzt erklärt, ohne sich um das Betriebsratsgesetz zu kümmern.

Junge Mädchen und ledige Männer sind gezwungen, gemeinsam mit Ehegatten und kleinen Kindern in einem Raum zu schlafen.

An der Verpflegung spart die Lagerdirektion auf alle nur erdenkliche Art. Monatelang wird dieser vom Reichskommissar für Zivildeservingere und Flüchtlingswesen ein Küchenzettel zugesandt, nach welchem die Kost den Flüchtlingen zu verabreichen ist. Danach sollen die Flüchtlinge Sauerbraten, gedünstetes Fleisch, frische Würst und andere schöne Sachen erhalten. Tatsächlich erhalten aber die Flüchtlinge nur Graupe, Strahe, Nudeln mit Marmeladenlunte, bestenfalls Erbsen und Bohnen. Das Fleisch kann man nur dann finden, wenn man sich mit einem Vergrößerungsglas bewaffnet. Durch diese Sparpolitik war die Lagerdirektion Ramsdorf in der Lage, von den Ramsdorfer Flüchtlingen zugewiesenen Lebensmittel-

Schmeibers

Faschistische Heiden. Man schreibt uns: „Die Faschisten der hiesigen Gegend bestreben die Verdrängung der Arbeiter. Neben der kommunistischen Walaat mit dem Flugblätter der Arbeiter und Konfession. In die Öffentlichkeit sind die Faschisten vom Kapitalismus noch nicht getreten. Was man Angst? — Doch, selbst bei der barmherzigen Beschäftigung von Walaatellen soll man Angst aufbringen können, das haben wohl die drei Heidenjünglinge mit dem Hakenkreuz gemerkt, welche in der letzten Mittwochnacht diese Heiden tätigkeit ausübten. Als da ein paar unfelgen Genossen zufällig des Weges kamen, ließen diese kreuzförmigen Heiden in einem betrieblchen Zampa davon, daß sie einen Verursacher damit in dem Schatten gestellt hätten. Walaat für wahr, echte Heiden — im Aussehen.“

Zurück der stramme Beschützer dieser Heidenjünglinge, der hiesige Bauernhelfer „Baumgarten“ (bekannt als Organisation, vom borsjährigen Zeitarbeiterstreik) ließ unteren Genossen bei Ausübung dieser Tätigkeit in die Hände. Auch dieser war zu selig, nur etwas zu seiner Vertreibung zu sagen, wohl auch durch mal kräftige Proletariatskräfte auf seinem Stahlhelmhügel zu spüren.

Die Arbeiter und alle ehrlichen Elemente im Männer-Zwischen und Schwimmen müssen wir auffordern, diese Vereine zu meiden, oder aber zu kräftigen, denn aus diesen rekrutieren sich diese „Heiden“ in Ansbach und mit dem Hakenkreuz.

Raffe

Öffentliche Protest-Versammlung. Am 13. September fand hier die Protestversammlung statt. Über 3000 Personen, darunter viele vom Mittelstande, hatten dabei ihre Sympathie mit der kommunistischen Partei zu bekunden. Scholz aus Bielefeld sprach über die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterkraft, über die Notwendigkeit der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung und über die ideologische Auseinandersetzung zwischen den Faschisten und Kommunisten. In der Diskussion sprachen u. a. zwei Gewerkschaftsführer. Die versammelten Arbeiter wollten diese nicht sprechen lassen und nur durch Zursprache des Referenten ist es ihnen möglich gewesen, zu Worte zu kommen. Wie im ganzen Reich, so auch hier, gewinnt die kommunistische Bewegung immer mehr an Boden.

Bertelsdorf bei Lauban

Öffentliche Volksversammlung. Am 15. September fand hier im Gasthaus zum Schwanz eine öffentliche sehr gut besuchte Volksversammlung statt. Genosse Hamann, Breslau, referierte über das Thema: „Die politische und wirtschaftliche Lage, und wer rettet Deutschland?“ In seinen Ausführungen legte Genosse Hamann in klaren Zügen die politische und wirtschaftliche Lage auseinander und ging dann besonders darauf ein, warum eine Arbeiter- und Bauernregierung notwendig ist. Besonders brandmarkte er die Verräterpolitik der KPD, und zeigte, mit welchen gemeinen und gefährlichen Mitteln diese auch Arbeitervertreter gegen das revolutionäre Proletariat vorgehen. Weiter legte er den Verfall der Auseinandersetzung zwischen Genossen Nadel und den Faschisten klar.

In der Diskussion wurden die ständischen Zustände im Laubaner Arbeitsnachweis und Ortsausschuss gelüftet. Gen. Hamann wies im Schlusswort darauf hin, daß es gerade beim Generalfest in Oberschlesien die Kleinbauern gegeben sind, welche die Streikenden mit Lebensmitteln versorgt haben. Auf die Laubaner Arbeitervertreter ging Genosse Hamann zum Schluss ebenfalls noch ein. Unter anderem diese die gewerkschaftlichen Versammlungen nicht, weil sie ihre Verräterpolitik vor ihren eigenen Mitgliedern nicht verteidigen können.

Der Erfolg dieser Versammlung waren einige Neuaufnahmen und 2 Millionen Mark für den Kampfzweck.

Ramsdorf

Berichtigung. Herr Rechtsanwalt Liebschnecht-Berlin sendet uns folgende Berichtigung:

„Ihre Nr. 181 enthält auf Seite 3 im provinziellen Teil ein Eingeländt, das sich mit der angeblichen „Schieberkompanie Süßmann und Färber“ befaßt und behauptet, daß diese große Mengen von Bier in Ramsdorf und Umgebung aufkaufe und diese Bier für französische Franken im befestigten Gebiet und nach Frankreich verschicke. Im Anschluß hieran werden die betreffenden Herren als Volksbetrüger und Schieber bezeichnet und es wird gefragt, ob denn niemand einschreiten wolle. Das Eingeländt schließt mit der Aufforderung an die Landarbeiter Eisenbahner, Beamten und Flüchtlinge, in energischer Weise gegen dieses Verbrechen der genannten Firma vorzugehen.“

Die Herren, Färber und Süßmann haben sich nunmehr an mich gewandt und uns die in Betracht kommenden Geschäftspapiere, insbesondere die sämtlichen Frachtbriefe aus der Zeit vom März d. Js. bis zur Gegenwart vorgelegt. Danach führt Herr Färber, der übrigens der alleinige Inhaber des von ihm unter seinem Namen seit 23 Jahren betriebenen Geschäftes ist, während Herr Süßmann nur angeheilt ist, sein Geschäft in der Weise, daß er die einzelnen Sendungen, je nach Bedarf, nach den verschiedenen Verbrauchsgebieten des Inlandes liefert und dort zu den Tagespreisen verkauft. Es ist unrichtig, daß er Ware ins Ausland, und insbesondere nach Frankreich verschicke, oder für ausländische Valuta (Franken) verkaufe. Die gesamte Ware ist und wird vielmehr im Inland und für inländisches Geld verkauft.

Alles, was in dem Eingeländt der Firma vorzutragen gemacht wird, ist falsch und unrichtig.

M. FISCHHOFF

Ring Nummer 43

Samt · Seide
Wolle

Enorm billig
kaufmann
zur billigen
Schuh-Diele
Breitestraße Nr. 3
Ecke Weiße Obste
Betty Cohen

Kaufhaus am Dom



Artikel des täglichen Bedarfs
Bekleidung
Haus- u. Küche

Warm. Sachs. Nacht.

Adalbert-
Straße
20

**KAISER-
KRONE**
Täglich
Auftreten
erfkl. Künstler

Einkauf
von Eisen, Papier,
Schneider-Abfälle,
Lumpen, Knochen
u. sämtl. Produkte
Paul Strauch
Neumarkt Nr. 39

Fritz Steinicke
Striegauer Platz 13
Fahrräder
Motorräder
und Zubehör
in allen Preislagen

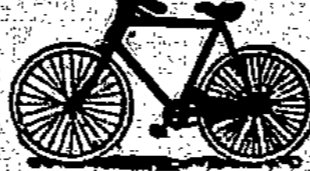
Kaufe
sämtliche Schneider-
abfälle, Lumpen und
Metalle zu höchsten
Tagespreisen
Klara Wiese
Nikolaistrasse 63b
Ecke Weißgerbergasse

Goldschmiedehall
zahlt höchste
Preise für
**Gold,
Silber,
Platin,
Bruch,
Gebisse,
Schmuck,
Brillanten**
Wigand, Friedrichstr. 11
Ecke der Metallehalle

Arbeiter!
Beachtet mein
**Friseur-
Geschäft**
Zeitung liegt aus
M. Brunn
An den Kabinen 5
vorteilhaftesten

Achtung!
Alle Art Lumpen, Schneider-
Abfälle, Alteisen, Makulatur!
kauft und überbietet jeden Tagespreis
Alfred Kriegisch
Selenke-
Straße 15

Eigene Reparatur-Werkstatt

Spezialität:
Rahmen-
Reparaturen  Motorräder
und
Fahrräder

Gebrüder Lömker

Neudorfstrasse Nr. 35
im Hause der Tivolli-
Lichtspiele



Kaufhaus Nachb.
Breslau, Albrechtstr. 18
Haus- und Nöckereipreise
Essig- und Süßwaren
Ring
Telefon
2166 Nummer

Sehr
preiswerte
Schuhwaren
aller Art für
Herren, Damen
und Kinder
in grosser
Auswahl
**Schuhhaus
Wachtplatz**
Friedr. Wilhelmstr. 12

Kroker
Weidendam
jeden Donnerstag
und Sonntag
vornehmer
Tanz

Noster & Moesner
Telephon Amt Ohle 8694
Eisenwaren
Haus- u. Küchengeräte
Hauptgeschäft: Tauentzienstraße 116
Zweiggeschäft: Tauentzienstraße 52

Achtung! Hausfrauen!

Wenn Euer Wirtschaftsgeld nicht langt

zähle für
Hauslumpen, Tuch-, Schneiderabfälle und Säcke

konkurrenzlose Tagespreise

Slabik

Krullstraße Nr. 13 - Weißgerbergasse 4

Taichentampen-Vertrieb
G. m. b. H.
Telefon Ring 3704 Schmiedebrücke 43
Spezialität in:
Calclentampnenbatterien, Feuerzeugen
Starkstrommaterialien
Iowie anderen Gebrauchsgegenständen

Sie erhalten für
Gold Silber Platin Bruch
Gebisse Schmuck
die höchsten Preise
nur bei
Fritz Schramm
Kupferstr. 52c
(2. Haus v. Neumarkt)

**Einkauf
von
Produkten**
Zahle die höchsten Preise
Martha Weiss
Neue Weltgasse 2-4

R. Armer
Breslau 1
Kupferstr. 7
Fernsprecher Ring 6094
Haus- und KBC-er-Magazin, Glas, Porzellan-
Emaille-Waren, Beleuchtungs-Artikel, Großes
Lager von Gebrauchs-Geschirren und
Gläsern für Gastwirte

Warenhaus
Messow & Waldschmidt
Schmiedebrücke 51
Für sämtliche Bedarfs-Artikel
vorteilhafteste Bezugs-Quelle.

Viel Geld ist nur zu verdienen
wenn man seine Produkte wie
Alteisen / Lumpen / Papier
zur Fa. **M. Helmann**
Selenkestr. 18, bringt.
Höchste Tagespreise

Achtung!
Zahle
die höchsten Preise
für
Altmetalle, Eisen,
Schneider-Abfälle
usw.
Elfriede Guletz, Mohlgaffe 6

Zahle die höchsten Preise für
**Alteisen
Altmetall
Lumpen
Papier
Schneider-
Abfälle usw.**
Willi Grellich
Breslau
Schiefweberstr. 26

Zahle die höchsten Preise
für Eisen, Lumpen, Papier,
Schneider-Abfälle usw.
Auf Wunsch freie Abholung
Friedman & Plachczynski
Rohprodukten-Geschäft
Breslau, Malergasse 29

Kaufhaus ADLER
Fürstenstrasse 2
Manufaktur-, Kurz-, Weiss- und
Wollwaren
Spezialität: Schürzen - Blusen
Anerkannt billigste Preise

**Wo kauft man
preiswert
?**
Lebensmittelhaus
Martha Hillmann
Rosenstr. 1, Ecke Matthiasstr.

**Kurz-, Weid-,
Wollwaren
Wäsche
Schürzen
Trikotagen
Strumpfwaren**

Herm. Ratai
Schuhgeschäft
Mühlstr. 96
Preiswert Arbeits-
schuhe (Handarb.)
sämtl. Reparatur-
preisw. u. sauber.
Große Auswahl in
Pantoffeln, Haus- u.
Filzsch. Gummi-
absätze u. Gummisohlen.

Achtung! Hausfrauen!
Zahle für
Lumpen, Schneiderabfälle,
Zeitungen, Büchsen,
Eisen und Metalle
die höchsten
Tagespreise
M. Walter
Laurentius-
Straße
12

Achtung!
Wo
verkauft man
Lumpen, Schneider-
abfälle, Papier usw.
nur Hellenstraße 40
Bitte auf die Haus-
nummer zu
achten

Singerichtet
Ihr
Hausfrauen
reicht Euer Geld
nicht aus, sucht
Euren Haushalt
tüchtig aus, nach
Lumpen, Eisen, Knochen,
Metalle und Papier
die höchsten Preise
erhalten Sie bei mir.
Die höchst Preise
die ich gemacht,
erhalten meine
Kunden in der
Produkten-Zentrale
Friedrich-Karl-
Straße
Nr. 8

E. Fuhrmann
Produktengeschäft - Breslau - Marktgr. 18
Telefon Ohle 8788
Nachweisbar höchste Tagespreise.
Anfertigung eleganter Herren- und Damen-Moden
bei soliden Preisen
Oskar Scharfenberg
Neudorfstrasse Nr. 84a

Futterreste
Garne usw.
kauft dauernd
und zahlt pro Meter
5-10000 Pfl. mehr
als Konkurrenz.
Marcus
Reuschestr. 53
Borberh.
3. Etg.

J. Richter
Inhaber G. Lewin
Tauentzienstr. 86.

**Gold-, Silber-
Platinbruch**
Ankaufsstelle
Bismarckstr. 28
Mois Luda & Co.

Achtung!
Alle Arten von Lumpen
Schneiderabfälle
Alteisen, Metalle
u. sämtl. Papierabfälle
Berta Lange
Schwerstr. 7

Max Marcus
Karlstrasse 9-10
Spezialität:
Schneider-Abfälle

ERNST NEBEL - BRESLAU 1
Taichentstraße 1a (Ecke Ohlauer Straße - Haltestelle der Linie 6) Telephon R. 9480
Glas / Porzellan / Steingut / Emaille
Eisengeschirre / Tongeschirre
Große Auswahl in Haushaltungsgegenständen

Für alte Zinngegenstände
Staniolpapier und Weinflaschenstopfen
erhalten Sie unerreichte Preise nur bei
**Schles. Metall- u. Staniol-
verwertungsgesellschaft**
mit beschränkter Haftung
Breslau, Vinzenzstraße Nr. 2

Das „Chaos“ in Sowjetrußland

Die russische Getreideausfuhr

Nach einer russischen Aufstellung sind von der Ernte 1922 an Deutschland 432 000 Tonnen, an Dänemark 105 000, an Holland 61 000, an Frankreich 17 000 Tonnen Getreide ausgeführt worden. Einbezogen sind Roggen, Gerste, Weizen, Hafer, Mais und Dinkel. Man rechnet damit, aus der jetzigen Ernte das Dreifache ausführen zu können. Für England sind eine halbe bis eine Million Tonnen in Aussicht gestellt.

Russisches Holz nach Deutschland

Die Verhandlungen der süddeutschen Holzfirmen, die von dem früheren badischen Minister Subig Haas mit der russischen Regierung geführt worden sind, haben zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Die süddeutschen Holzfirmen erhalten die Konzession zur Ausfuhr von 100 000 bis 1 000 000 Hektaren Wald. Die deutschen Konzessionäre haben den Ausbau und die Weiterführung der das Waldgebiet durchschneidenden Eisenbahnlinie in der Länge von 230 Kilometer bis zur Station Krasnolom übernommen. Es wird nur ein Teil des gewonnenen Holzes nach Deutschland ausgeführt, der größere Teil wird für Eisenbahnschwellen in Rußland verwendet.

Wird die „Schwindel-Vollmacht“ endlich beseitigt?

Der Vorkämpfer hat in drei Zeilen angegeben, daß der angebliche Rabel-Richt über die deutsche Straßbewegung gefälscht sei. Er gibt aber keine Antwort auf die noch dringlicher zu wiederholende Frage, welcher Gummi und Spindel die plumpe Fälschung, mit der die „Vollmacht“ noch immer kreben geht, verbrochen hat. Die sozialdemokratischen Arbeiter selbst müssen ihrer Reaktion, die doch darüber gewiß orientiert ist, energisch die Spitze lösen!

Aus Breslau ein Raubmord

Ist in Breslau in der Nacht zum Sonntag verübt worden. Am Sonnabend vormittag gegen 9 Uhr fand man im Hause Ovetstraße 101 Frau Dr. Reich ermordet und beraubt vor. Der Mordverdacht lenkt sich auf das Dienstmädchen, das aus Oberschlesien zu ihr kam, und verschwunden ist. Am Freitagabend gegen 10 Uhr hörten die Bewohner des Hauses aus der Reich'schen Wohnung Schreie, die aber bald wieder verstummten. Um diese Zeit scheint die Tat verübt worden zu sein. Frau Reich hatte am Freitagabend ihre Kinder gebadet, und dann wohl selbst ein Bad nehmen wollen. In diesem Augenblick erfolgte der Mordfall, denn man fand sie nur mit dem Hemd bekleidet, mit einer Wäscheleine ermordet vor.

Am Sonnabend morgen erschienen die acht- und dreijährigen Kinder bei Nachbarn und sagten, daß die Mütter und das Dienstmädchen nicht da seien. Die Nachbarn gingen darauf mit in die Wohnung und fanden die Mädchenkammer leer, sowie die Frau in der angegebenen Lage tot vor. Die herbeigerufenen Kriminalpolizei stellte fest, daß der gesamte Schmuck und die Garderobe geraubt und in einem vom Boden entwendeten Koffer fortgeschafft waren.

Das Dienstmädchen heißt Emma Kowalitz, ist am 3. August 1897 in Roggen, Kreis Meisenburg, geboren, und hat laut Abmeldechein früher in Schöberg, Kreis Beuthen O.-S., Deuthener Straße 1, gewohnt.

Die bürgerliche Presse bemüht den grauenhaften Mord, um alle schaurigen Einzelheiten durch die Spalten zu jern. Der Monatelshmod der „Neuesten Nachrichten“ leistet sich darin ganz besonders und bemüht die Mordtat, um eine Hehe gegen die Hausangestellten hervorzuheben.

Wenn es nach dem W. R. Schmod der „N. N.“ ginge, möchte man in jeder dritten Hausangestellten eine verkappte Diebin oder Mörderin erblicken, die erst dann Stellung annehmen darf, wenn ihre Papiere zehnmal polizeilich abgeprellt sind.

Daß es bloß zu reichende Entlohnung ist, die diese Hausangestellte auf die Bahn des Verbrechens treibt, verschweigen die bürgerlichen „Blätter“ natürlich.

Die Hungertatrophe

Chretiel unaufrichtig vorwärts. Trotz des geringen Dollars Kettens die Preise täglich weiter. Ein Markbrot kostete schon 7 400 000 Mark. Die adlige Schmitzer (Hessent) oder „Strefemannbühler“ genannt, muß mit 38 bis 40 Millionen bezahl werden. Dummer, dieses löbliche Spengui — wie es Brandel nennt — ist nur noch ein Scheitererwartung. Der Ganzhütter wird 50 Millionen für Zafelbutter, 52 bis 55 Millionen verlangt. Besonders unverschämte hoch und dann die Agrarier und Viehhändlermücker die Fleischpreise. Wer sich mal ein Pfund Anstellte leisten will, muß 35 Millionen bezahlen. Obwehlich ist unter 50 Millionen nicht zu haben. Sonst soll sich die Zustände auf dem Gemüsemarkt für Mohrrüben werden 1/2 Millionen Mark und mehr pro Pfund verlangt. Für Kraut muß die Hausfrau 2 Millionen und für Oberrüben 4 Millionen bezahlen.

Kardiffeln sind vom Markt verschwunden. Die Frauen kaufen von Gehäht zu Gehäht und wissen nicht, was sie ihren Angehörigen auf den Tisch setzen sollen. Schitterung und Bewecklung der Massen wächst von Stunde zu Stunde. Was tut der Mägistrat für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung verantwortlich ist? Schlüft er? Und der Herr Regierungspräsident, der Warnungen gegen die Kontrollauschüsse erläßt, was hat er bisher getan um die Verteilung der Lebensmittel zu organisieren? Nichts. Von der Regierung reden wir lieber nicht. Sie ist gesehlich davor geschüht, für die Folgen ihrer Politik verantwortlich gemacht zu werden.

Wer sich auf diese Regierung verläßt und von ihr Hilfe verlangt, der ist verflucht.

Zur die Arbeiter- und Bauernrevolution, die für die proletarische Revolution in der Stadt und im Lande vorbereitend ist, wird aus der Hungertatrophe herausgeführt. Wer den Kampf gegen den Hunger unternimmt, wer seine Pflicht in der Weltbewegung stärker das Meer der revolutionären Kämpfer, welche die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ lesen, ist um so eher können die Wänderer des arbeitenden Volkes, die Proletarier, Schieber und all das andere Gesindel, das uns täglich begannert, zum Teufel gejagt werden.

Ein Bierpfundbrot 7 400 000 Mark

Der Mägistrat greift die Not fortgesetzt weiter ausbreitende Lebensmittelnot, insbesondere die im Laufe der Woche eingetretene außerordentliche Preissteigerung, als keine neue Herausforderung der Wette für das Marktmess und Marktgeld notwendig gemacht. Es kostet das ab 24. d. Mis. ein Pfund Brot 1 800 000 Mark, das Bierpfundbrot also 7 400 000 Mark, ein Gemmel von 100 Gramm Teiggewicht 470 000 Mark, ein Pfund Roggenmehl im Kleinkauf 1 200 000 Mark und ein Pfund Weizenmehl 1 300 000 Mark, ausschließlich Verpackung.

1. Brotmarken: Damit der Verteilung von Brot und Mehl auf Markten nach dem Oktober nicht mehr zu rechnen ist, sind die Brotmarken innerhalb der Stadt und bei nur übergehendem Betrage von Dörsau (Reifen) an- und Abmeldungen in den Brotmarken Ausgabestellen nicht mehr erforderlich. Ausserdem ist es für Personen in der Brotmarken Ausgabestellen kabinellen, die im höchsten Kranken- und dergleichen Anstalten aufgenommen werden. Es sind daher nur noch datter, die und Degeuge sowie Geburten- und Sterbefälle zu melden. Die Brotmarken-Ausgabestelle in der Eisenstraße für die Postzeit von 17 bis 21 und 23 wird am Mittwoch, den 2. September 1923, nach der Durchwahl in der Jahrsfrage verlegt. An diesem Tage ist die Abfertigung bis 2 Uhr noch in der Eisenstraße statt.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Wilhelm Dieckhoff, für den Anzeigenenteil: Max Schöberl, Notationsbüro und Verlag: Proletar-Verlagsgesellschaft für die Provinz Schlesien e. V. u. d. S. Amtsstr. in Breslau.

Berichtungs-Kalender

Jede Zeile unter dieser Nummer kostet 5000 Mark.

KPD	Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50, Tel. Ring 8887, Adresse: Wfz. Deigner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.
-----	---

Die Parteibeiträge betragen in der Woche vom 16.—23. September in der 1. Klasse 600 000, in der 2. Klasse 300 000, in der 3. Klasse 100 000 Mark. — In der Woche vom 24.—30. September betragen die Parteibeiträge in der 1. Klasse 1 000 000, in der 2. Klasse 600 000, in der 3. Klasse 100 000 Mark.

Schlüsselsatz der Parteibeiträge 10 000 000, Schlüsselsatz des Buchführerbuches 35 000 000.

Samstag, den 22. September, abends 7.30 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolajstr. 49/50, Fortsetzung. Jeder Samstager hat bestimmt zu erscheinen, andere Veranstaltungen sind kein Entscheidungsgrund. Mitgliedschaft der KPD ist Ausweis.

Breslau, Dienstag, den 25. September, abends 7 Uhr im Versammlungsraum, Nikolajstr. 49/50, Frauenmitgliederversammlung. Alle Genossinnen müssen erscheinen. Sympathisierende sind mitzubringen.

Kommunistischer Frauenchor. Dienstag, 25. Septbr., abends 7.30 Uhr, Übungsstunde. Alle langgedientigen Genossinnen haben zu erscheinen.

Achtung Beamten u. Angestellte! Sonntag, den 30. September, vormittags 9 Uhr, Fraktionssitzung im Versammlungsraum, Nikolajstraße 49/50. Alle Beamten und Angestellten haben pünktlich zu erscheinen.

Direkt 1. Sonntag, den 29. September, abends 7.30 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolajstr. 49/50, Direktionsversammlung. Alle Genossinnen(men) müssen pünktlich erscheinen.

Direkt 4. und 14/15. Freitag, den 28. September, abends 7.30 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolajstr. 49/50, Direktionsversammlung. Erscheinen eines jeden ist unbedingt Pflicht.

Direkt 7 u. 8. Dienstag, den 25. September, abends 7.30 Uhr im Lokal Roskopschstr. 28, Ede Vertikant, außerordentliche Direktionsversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen.

Direkt 12. Dienstag, den 25. September, abends 7 Uhr, Substanzfrage 26, außerordentliche Direktionsversammlung. Tagesordnung: 1. Die Substanzfrage; 2. Organisationsfragen.

Agitationskreis Eulengebrige. In der roten Woche finden folgende öffentliche Versammlungen statt:	In der roten Woche finden folgende öffentliche Versammlungen statt:
Dienstag, den 25. 9., 8 Uhr, in Frankenstein	„ 25. 9., 8 „ „ Oibersdorf, Kreis Frankenstein.
Mittwoch, „ 26. 9., 8 „ „ Weigelsdorf	„ 26. 9., 8 „ „ Pampeuborf
Donnerstag, „ 27. 9., 8 „ „ Dreifitzbuben	„ 27. 9., 8 „ „ Weigelsdorf
Freitag „ 28. 9., 8 „ „ Schönheide	„ 28. 9., 8 „ „ Marzha-Frankenberg
Sonnabend „ 29. 9., 8 „ „ Bunzelwih	„ 29. 9., 8 „ „ Holsdorf
„ 29. 9., 8 „ „ Heroldsdorf	„ 29. 9., 8 „ „ Steinbühndorf
„ 29. 9., 8 „ „ Steinbühndorf	„ 29. 9., 8 „ „ Steinbühndorf
„ 29. 9., 8 „ „ Steinbühndorf	„ 29. 9., 8 „ „ Steinbühndorf
Sonntag „ 30. 9., 8 „ „ Padendorf	„ 30. 9., 8 „ „ Padendorf
„ 30. 9., 8 „ „ Treibitz	„ 30. 9., 8 „ „ Treibitz

KKG Kommunistische Kinder-Gruppe. Bezirksleitung: Breslau, Nikolajstraße 49/50.

Breslau, Gruppe Nikolajstr. Mittwoch, den 26. Sept., nachmittags 4 Uhr, im Schulhaus (Mittelbau) Kinderstunde, findet ein Märchenabend statt. Erbeteter Eltern, führt eure Kinder dahin.

Andere Organisationen

Breslau, Freie Religionsgemeinde, Grünstraße 14/16, Mittwoch, den 26. September, abends 7 Uhr, General-Versammlung. Wichtiges Geschmiden erwünscht.

Arbeiter-Abitinentenbund. Montag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, wichtige Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus. Gäste willkommen.

Reichenbach, Freireligiöse Gemeinde. Betreff: Anmeldung zur Vorbereitung zur Zurechtweisung 1924. Wir erlauben alle Mitglieder von Reichenbach, Langenbühlau, Peterswaldau, Großbergdorf und Wersdorf, ihre Kinder, welche Oktober 1924 die Schule verlassen, in der Zeit vom 15.—30. September zur Jugendbewegung (Kontingierung) anzumelden. Anmeldesitz Sonntag von 9—10 Uhr im Mittagslokal der Reichenbach, Reichenbach, Wersdorf. Nur Mitglieder dürfen werden zur Jugendbewegung zugelassen. Die Anmeldungen wollen man pünktlich nach obigen Datum einbringen. Spätere Anmeldungen finden keine Berücksichtigung.

Eisenwaren aller Art

Werkzeuge — Haus- und Küchengeräte — Solinger Stahlwaren —

Oefen u. Herde

Eisen-Brandt

Inhaber: Fritz und Max Brandt, Breslau

Ecke Neue Weltgasse Nikolajstr. 63a Ecke Neue Weltgasse

Jupiter-Lichtspiele

Westendstrasse 50-52

Nur Dienstag bis Donnerstag

Das Dreimäderlhaus

Musik von Schubert.

Unter persönlicher Mitwirkung erster Operettenkräfte der Komisch-Oper, Berlin.

Ferner unser bekannt gutes Besiprogramm.

Großes Orchester. 602

Leitung: Kapellmeister P. Woloch.

Der Gaspreis

wird infolge weiterer Steigerung des Kohlengrundpreises auf 9 100 000 Mark festgesetzt.

Münzgaswertmarken werden vom 25. 9. 23 ab mit 9 100 000 Mark für das Stück abgegeben.

Städt. Betriebsdeputation.

Haus- und Küchengeräte

Kompl. Küchen-Einrichtungen

Frieda Link

Herzogsir. 24

Telefon Ohle 159

Billige Bezugsquelle

für Schneidemesser in Futterkoffen und Guro

bleibt dauernd

H. SCHOLZ

Weißgerbergasse 4

Kaufe

sämtl. Felle und Futter

zum eign. Verbrauch

Verkauf von Sport-Pelzen

Lippmann

Goldene Radegasse 27

Material für unsere Werbewoche

Aufnahmeschein

Ich beantrage meine Aufnahme in die

Kommunistische Partei Deutschlands

den _____ 1923

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____

Geburtsdag, Jahr u. Ort: _____

Wohnung: _____
(Straße, Nummer, Vorder- oder Hinterhaus, Treppen)

Bei wem: _____
(Wenn nicht eigene Wohnung, dann Wohnungsinhaber angeben.)

Der Aufnahmeschein kann bei jedem Funktionär der KPD abgegeben werden.

Aufnahmeschein

Ich beantrage meine Aufnahme in die

Kommunistische Partei Deutschlands

den _____ 1923

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____

Geburtsdag, Jahr u. Ort: _____

Wohnung: _____
(Straße, Nummer, Vorder- oder Hinterhaus, Treppen)

Bei wem: _____
(Wenn nicht eigene Wohnung, dann Wohnungsinhaber angeben.)

Der Aufnahmeschein kann bei jedem Funktionär der KPD abgegeben werden.

Aufnahmeschein

Ich beantrage meine Aufnahme in die

Kommunistische Partei Deutschlands

den _____ 1923

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____

Geburtsdag, Jahr u. Ort: _____

Wohnung: _____
(Straße, Nummer, Vorder- oder Hinterhaus, Treppen)

Bei wem: _____
(Wenn nicht eigene Wohnung, dann Wohnungsinhaber angeben.)

Der Aufnahmeschein kann bei jedem Funktionär der KPD abgegeben werden.

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

Schlesische Arbeiter-Zeitung

für Monat: _____

Name: _____

Wohnung: _____

Dieser Bestellschein ist im Ruwert unfranchiert an die Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Breslau, Trebnitzerstr. 50, zu senden.

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

Schlesische Arbeiter-Zeitung

für Monat: _____

Name: _____

Wohnung: _____

Dieser Bestellschein ist im Ruwert unfranchiert an die Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Breslau, Trebnitzerstr. 50, zu senden.

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

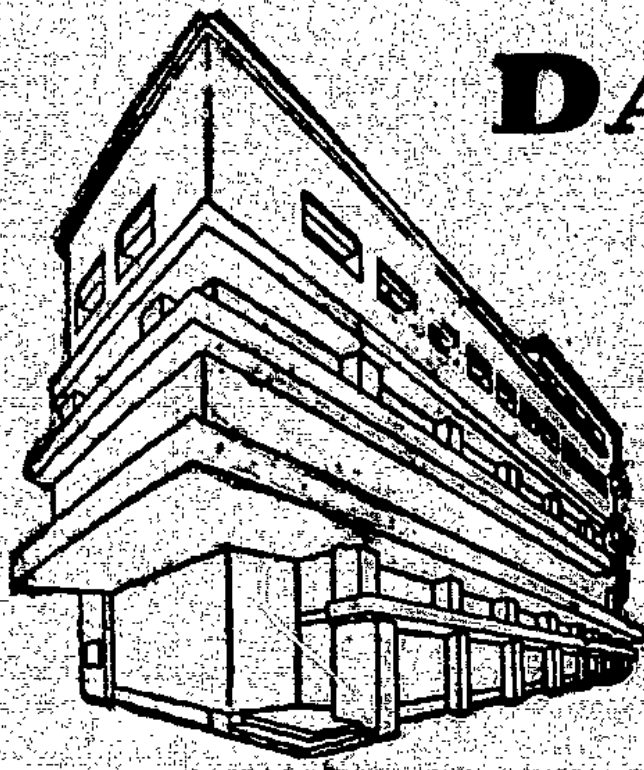
Schlesische Arbeiter-Zeitung

für Monat: _____

Name: _____

Wohnung: _____

Dieser Bestellschein ist im Ruwert unfranchiert an die Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Breslau, Trebnitzerstr. 50, zu senden.



DAS HAUS FÜR SEIDEN UND KLEIDERSTOFFE

SAISON-ERÖFFNUNG HERBST U. WINTER
1923

SEIDENHAUS WEICHMANN GLEIWITZ

VERSAND-ENGROS-ABTEILUNG
WILHELMSTR. 31 FERNRUF NR. 320/321
Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linien und
amtliche Fahrkarten-Ausgabe im Hause

Alle Welt raucht
Waxani Spezialität
aus reinem orientalischem Tabak
Tabak- und Zigarettenfabrik „Waxani“
BRESLAU, Berliner Straße 26
Telefon Ohle 9553

Höchste Tagespreise zahlt für
Häute u. Felle
Max Seliger
Breslau
Kupferschmiedestr. 52 b
4. Haus vom Neumarkt.

Herz
Preis- und
werte solid e
Schuhe t. Haus
und Straße
Ludwig Herz, Breslau, Alkoholspl. 4

Josef Wehse
Gleiwitz
Spezial-Geschäft
Herrenstoffe
Baumwollwaren
Brautausstattungen
Hast Du schon
das **Kommunistische Einmaleins**
gekauft?

Gute u. Lumpen
aller Art
Ascher & Weitz
Weißbergergasse 41
Telefon Ohle Nr. 9122

Einkauf
von **Hunden**
u. **Frettchen**
A. Wenisch
Schubbrücke Nr. 28.

**Platin-
Gold-
Silber-
Bruch, Sahgebisse,
Brennklaffe, Geräte,
Schmuckstücken**
kauft zu bekannt höchst.
Zagespreisen
Gertrud Franko
Neumarkt 13, 1. Stg.
Eingang Dreitestr.
Geöffnet:
Montags u. 9-6 Uhr

Beachtet
bei allen Einkäufen
immer nur unsere
Inferenten!

Wäsche-Haus
Georg Land
Ohlauer Straße 78.

**Leinen- und
Baumwollwaren**
Benno Ascher
Breslau
Fried.-Wilhelm-Str. 3

Kaufe
feinw. Garderobe auch
reparaturbedürft., so-
wie Däcke u. Betten
von 12-2 u. 5-7 Uhr
Kurt Adler
Wachschstraße 26
Bismarckhaus, 3. Etage.

Albert Gutliche
Breslau I, Reuschestraße 29/31
Fernsprecher Ohle 2949
Zweigstellen: Gräbschener Str. 19/21
Klosterstraße 2, Mollkestraße 14 und
Bohraner Straße Nr. 27.
Leder-Handlung
Gummiabsätze - Schuhbedarfartikel

Die allerbilligsten
Anzüge, Raglans
Sport-Ulster
kaufen sie noch im
Herren-Bekleidungs-Haus
Herrmann Parietzke
Nikolaistraße 48
3. Haus v. Königsplatz.

Besichtigen Sie unsere Auslagen

Neue Teppiche eingetroffen

Künstlergarnituren, Stores,
Bettdecken, Möbelstoffe,
Tisch- und Divandecken
in hervorrag. Geschmack und über-
großer Auswahl unter Tagespreisen

Gleiwitz, Wilhelmstrasse 29
Fernsprecher 1196

Teppichhaus Wachsmann

Versandabteilung

Kaufe
Künstl. Säbne
die vor 1914 angef.
u. f. meine Zwecke
verwendbar.
Rein Rahm unter
10 Millionen M.
Ganze Gebisse bis
500 Millionen Mark
Gold-, Silber-, Platin-
Bruch- Gegenstb.
die bel. reell. Preis.
Diskrete Erledig.
Enorm
hoch. Preise
zahle für
Mauserpistolen 7,63
mit Anschlagkasten
Visier 1900
Parabellum-Pistolen
Prismengläser
Nachn. gestattet
Anfrage lohnt
Krankheimer Gleiwitz
Kirchstraße 3.

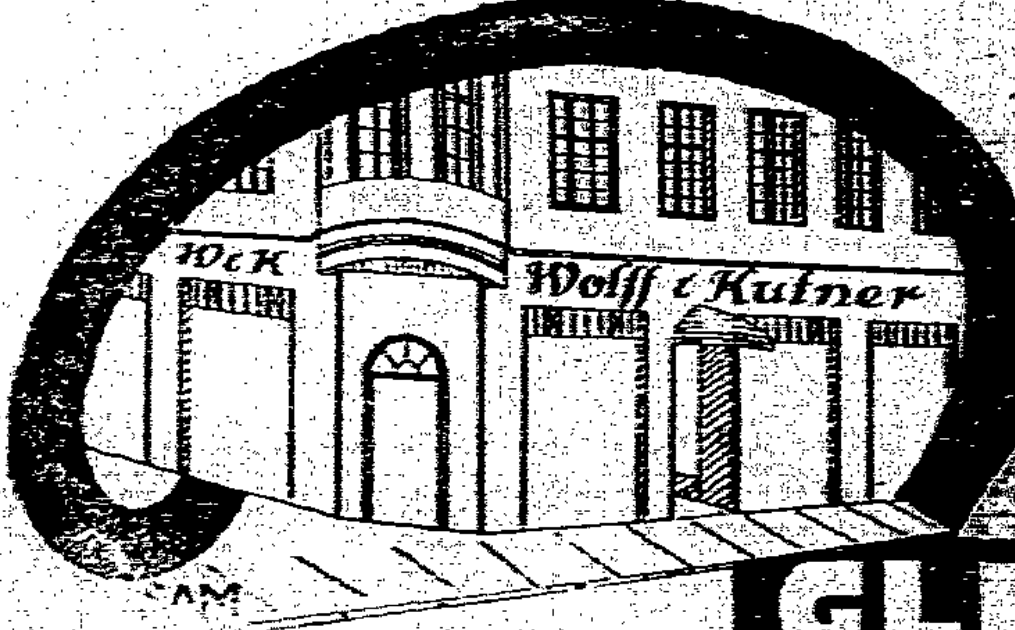
Neue
Schneiderabfälle
Papier Matulat.
Alt-Eisen Bruch-
Metalle
Wally Raschke
Neue Weltstraße 13.

HUGO FEIG

Manufaktur, Tücher u. Plaids
GLEIWITZ - Nikolaistraße 29

Gebr. Barasch Nachf. Gleiwitz

Warenhaus für sämtliche Bedarfs-Artikel



Moderne Herren- und Knaben-Bekleidung

Wolff & Kutner

GLEIWITZ NIKOLAISTRASSE 16

Manufaktur- u. Modewaren, Damen- u. Herren-Wälche